



**100 Tage. Und kein bisschen weise.**

**Beschlusshft  
der  
Landesdelegiertenkonferenz  
20. September 2008**



<b>A Leitantrag</b>	
A Für eine Sozialdemokratie der Zukunft .....	02
<b>B Gesellschaft</b>	
B1 Einrichten einer Aussteigerhilfe für rechte Straftäter .....	20
B2 Politische Mitsprache von Kindern und Jugendlichen stärken! .....	23
B3 Integrationsfördernde Regionale Zeitungen in fremder Sprache .....	26
B4 Öffentlich-Rechtliches im Netz erhalten .....	27
B5 Hamburg muss Filmstadt bleiben .....	33
I1 Organspende .....	34
<b>C Bildung</b>	
C1 Konservativ-Grüne Bildungspolitik .....	39
I5 Hochschulbau .....	43
I8 Studiengebühren abschaffen! .....	45
<b>D Energie und Umwelt</b>	
D1 Leben in der Mikrowelle .....	46
D2 Damit das Licht nicht ausgeht .....	50
<b>E Wirtschaft</b>	
E1 Gleichstellung in der Wirtschaft .....	54
E2 Der Hamburger Hafen muss weiter verträglich wachsen .....	59
<b>F Außenpolitik</b>	
F1 Kaukasuskonflikt – Georgien in die NATO? .....	62
<b>G Verschiedenes</b>	
G Anglizismen: Es geht auch ohne! .....	64
I2 Wann wir schreiten .....	65
I3 Traditionspflege .....	67
I4 Wider dem Rückzug der SPD im Kurt-Schumacher-Haus .....	69
<b>Bundesdelegierte</b>	
Ergebnis der Wahl .....	70

# 1 FÜR EINE SOZIALDEMOKRATIE DER ZUKUNFT!

2

3 Einleitung

4

5 I. Die SPD ist die Volkspartei Deutschlands, denn sie ergreift Partei für das ganze Volk

6 Die SPD strebt Verbesserungen für alle und nicht nur für einzelne Gruppen an. Klientelpolitik  
7 betreibt sie nicht - das würde ihrem Grundwert der Gerechtigkeit widersprechen. Die SPD  
8 verstand sich in ihrer Anfangszeit als politische Interessenvertretung der Arbeiter. In der  
9 historischen Situation musste sie das tun, denn Gerechtigkeit bedeutete damals in erster Linie,  
10 gleiche politische Rechte für alle Teile der Bevölkerung zu erreichen. Nachdem mit der Gründung  
11 der Bundesrepublik die gleichen bürgerlichen Rechte für alle Wirklichkeit geworden waren,  
12 begann sich das Selbstverständnis der SPD von der Arbeiter- zur Volkspartei zu wandeln.

13 Die SPD bietet als pluralistischer Verband allen eine politische Heimat, die ihre Grundwerte -  
14 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - teilen. Dabei muss sie stets dazu in der Lage sein,  
15 politische Koalitionen zu bilden, sich mit Institutionen und Vereinen vor Ort zu vernetzen, eng  
16 mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten und die eigenen Forderungen auch der  
17 Bevölkerung gegenüber zu erklären und für diese zu werben.

18 Verräumlichende Angaben wie links oder rechts innerhalb der Partei haben zu Recht ihre  
19 Bedeutung verloren. Scheinbar objektiv, vereinfachen sie die Komplexität der politischen  
20 Wirklichkeit und täuschen über die Notwendigkeit sachlicher Auseinandersetzung im Einzelnen  
21 hinweg. Genau dies ist jedoch die Aufgabe einer wahren Volkspartei: Wichtige politische  
22 Debatten inhaltlich zu führen und sie der Bevölkerung nahe zu bringen.

23

24

25 II. Die SPD ist in Deutschland die Partei der Verantwortung

26 Die SPD strebt die Regierungsverantwortung an. Nur so ist sie in der Lage, sozialdemokratische  
27 Politik auf Basis der Grundwerte der Partei tatsächlich umzusetzen und zu gestalten.

28 Die SPD steht für verantwortliches Regierungshandeln und betreibt damit das Gegenteil einer  
29 Politik des geringsten Widerstands, die nur mit symbolischen Maßnahmen eine Stimmung des

1 Wohlfühlens erzeugen will. Verantwortliches Regierungshandeln nimmt divergierende  
2 Interessen wahr und handelt entsprechend: Nachhaltig und zum Wohle der  
3 Gesamtbevölkerung.

4 Deshalb hat die SPD in der Geschichte der Bundesrepublik Entscheidungen verantwortet und  
5 mitgetragen, die für das Land erforderlich waren, auch wenn sie umstritten gewesen sein  
6 mögen. Dabei hat die Partei zu keinem Zeitpunkt ihre Tradition und ihre Grundwerte vergessen  
7 oder verraten.

8 Politisch verantwortliches Handeln bezieht die ganze Welt in ihre Erwägungen mit ein und  
9 beschränkt sich nicht auf Geschehen, Akteure und Interessen im Inland. Vereinfachungen dieser  
10 Art, zu denen Populismen aller Couleur neigen, vernachlässigen, dass die meisten Politikfelder  
11 heute eine globale Dimension aufweisen, die es stets zu berücksichtigen gilt.

12 Politische Verantwortung bedeutet auch, die BürgerInnen und WählerInnen in die  
13 demokratischen Prozesse einzubeziehen und mitzunehmen. Darum reicht es nicht aus, die  
14 Bevölkerung mit Hoffnungen und Versprechungen, falschen Etikettierungen und Plattitüden  
15 kurzfristig an die Urne zu treiben und hinterher enttäuschte und frustrierte WählerInnen  
16 zurückzulassen. Erst Verständlichkeit und Transparenz verhelfen politischen Inhalten zu  
17 wirklicher Durchschlagskraft. Politik muss glaubwürdig und aktiv für die Teilnahme der  
18 Menschen an der Demokratie werben.

19 Aus fehlender Glaubwürdigkeit resultiert eine Politik- und Politikerverdrossenheit, die  
20 Menschen allzu leicht den Populisten in die Arme treiben kann. Deren einfache Lösungen sind  
21 schlecht für die Demokratie, weil sie die vielfachen Verflechtungen der modernen Welt außer  
22 Acht lassen und deshalb - bewusst oder unbewusst - schlimme Folgen zeitigen können. Einfache  
23 Lösungen und griffige Schlagworte können keine Politik tragen, sondern brechen zusammen,  
24 sobald sie mit Regierungsverantwortung konfrontiert sind.

25 Die SPD hat das Potenzial, die Gesellschaft zusammenzuhalten, weil nur sie das Ganze im Blick  
26 hat. Das unterscheidet sie von den anderen politischen Kräften und macht sie zur einzigen  
27 Volkspartei in Deutschland.

28 In dem Moment, in dem sich die SPD von dieser Linie entfernt, weil sie sich nicht zu ihrem Status  
29 als Volkspartei bekennt, sondern in Klientelpolitik abdriftet, läuft sie Gefahr, dieses

1 Alleinstellungsmerkmal auf Dauer zu verlieren. Nur eine Politik, die die gesamte Gesellschaft vor  
2 Augen behält, kann soziale Gerechtigkeit für den Einzelnen erreichen.  
3 Einige Mitglieder der Gesellschaft sind dabei stärker auf Schutz und Unterstützung angewiesen  
4 als andere. Alle Menschen politisch zu vertreten bedeutet auch, die Bedürfnisse benachteiligter  
5 Personen anzuerkennen und sich dafür einzusetzen, dass der Staat seinem Schutz- und  
6 Unterstützungsauftrag gerecht wird.

7 In diesem Bewusstsein war die Sozialdemokratie auch stets maßgeblich an gesellschaftlichen  
8 Veränderungsprozessen beteiligt und hat diese durch zukunftsweisende politische  
9 Entscheidungen begleitet und voran gebracht. Die SPD war und ist der Motor des  
10 gesellschaftlichen Fortschritts in unserem Land. Dies vorzuführen sollte Aufgabe aller  
11 SozialdemokratInnen sein.

12 III. Die SPD bekennt sich zur Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland

13 Ein Systemwechsel gehört nicht zu den politischen Vorstellungen der SPD als Volkspartei.  
14 Musste es für die Arbeiterpartei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts noch unbedingtes Ziel sein,  
15 die ungerechten und verkrusteten Machtstrukturen des Kaiserreichs aufzubrechen, ist mit der  
16 Verfassungsordnung der Bundesrepublik ein politisches System erreicht, das mit den  
17 Grundwerten der SPD in grundlegendem Einklang steht und den weiteren Einsatz für diese  
18 Grundwerte frei ermöglicht. Die Grundwerte der Sozialdemokratie sind und bleiben Freiheit,  
19 Gerechtigkeit und Solidarität.

20 Diese Trias der Grundwerte wird für die SPD konkretisiert durch eine Wertetrias der politischen  
21 Grundordnung, die den bundesrepublikanischen Raum aufspannt. Diese Werte sind  
22 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft. Jede Unterstützung dieser Werte  
23 ist ursozialdemokratisch.

24 Dabei muss sich die SPD der Herausforderung stellen, die die veränderte Gesellschaftsstruktur  
25 mit sich bringt. Eine Volkspartei kann erst dort entstehen, wo eine klare Einteilung der  
26 Gesellschaft in Klassen, die sich mit unterschiedlichen Interessen gegenüberstehen, nicht mehr  
27 möglich ist. Als Arbeiterpartei hat die SPD maßgeblichen Anteil daran gehabt, die Überwindung  
28 dieser Zustände zu erstreiten. Heute ist der Anspruch der Partei, als Anwalt aller  
29 Bevölkerungsgruppen aufzutreten und die Gesellschaft zusammenzuhalten.

1 IV. Die SPD ist die deutsche Reformpartei

2 Die SPD hat als Regierungspartei immer einen Weg verfolgt, der die genannten Aspekte  
3 sozialdemokratischer Politik in das Zentrum ihres Handelns gestellt hat. Gerade dadurch ist sie  
4 zu diesen Zeiten mehrheitsfähig geworden. Wann immer die Partei von diesem Kurs  
5 abgewichen ist, hat sie genau diese Mehrheitsfähigkeit eingebüßt. Zu jeder Zeit haben Teile der  
6 Partei erfolgreiches Regierungshandeln schlecht geredet oder sind vor der Verantwortung  
7 eingeknickt, die eine Volkspartei gegenüber der Bevölkerung zu tragen hat. Dabei ist es immer  
8 wichtig für die Partei gewesen, die Streitkultur und die Auseinandersetzung aller Mitglieder zu  
9 bewahren. Losgelöst von inhaltlichen Fragen jedoch scheinen bestimmte Kräfte innerhalb der  
10 Partei immer wieder vor der den Pflichten der SPD als Regierungspartei zurückzuschrecken, sich  
11 gegen nachhaltige und verantwortungsvolle Politik zu wehren und Klientelpolitik zu betreiben.

12 Die sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen sind genau dieser Entwicklung zum Opfer  
13 gefallen. Die Partei ist nicht geschlossen ihrer sozialdemokratischen Verpflichtung gegenüber  
14 der Bevölkerung nachgekommen, sondern hat sich in Teilen gar für die mutigen und  
15 notwendigen Reformen geschämt und sie bekämpft. Die Tatsache, dass aus diesem Frust über  
16 das Regierungsverhalten der SPD ausgerechnet die durch und durch populistische Partei  
17 DIE.LINKE erwachsen und erstarkt ist, bestätigt diese Analyse und zeigt deutlich auf, dass die  
18 eigentlichen SozialdemokratInnen diejenigen sind, die bereit sind, Verantwortung zu  
19 übernehmen. Es ist die SPD, die mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder drei  
20 herausragende Regierungschefs hervorgebracht hat und es ist die Stärke dieser Partei,  
21 Deutschland zum Wohle der Bevölkerung zu reformieren und zukunftsfähig zu machen.

22 Alle, die eine Reformpolitik pauschal verurteilen, verhalten sich reaktionär. Auch seit Beginn der  
23 großen Koalition hat die SPD in den Bundesministerien viel für dieses Land erreicht. Die Erfolge  
24 der Rot/Grünen Regierung treten deutlich zu Tage. Anstatt sich auf die eigenen Erfolge zu  
25 beziehen und positiv gestalterisch zu wirken, wendet sich die Partei unter öffentlichem Druck  
26 von der Agenda-Politik und den damit verknüpften Erfolgen ab.

27 Die SPD muss an die Erfolge der letzten Jahre anknüpfen und sich auf ihre Stärken als  
28 Reformpartei besinnen. Nur so wird sie in absehbarer Zeit eine zentrale Rolle in der politischen  
29 Landschaft Deutschlands spielen können. Etwas anderes kann kein/e SozialdemokratIn wollen.

1 V. Die Jusos in der SPD

2 Die Aufgabe der Jusos innerhalb der SPD besteht darin, die eigene Partei aus der Perspektive der  
3 Nachwuchsgeneration stets kritisch insbesondere auf Aspekte der Nachhaltigkeit zu  
4 hinterfragen, vornehmlich junge Themen zu besetzen und für eine lebendige Diskussion  
5 innerhalb der SPD zu sorgen. Die Jusos können dabei als Korrektiv der SPD fungieren und sind  
6 besser als andere Parteimitglieder in der Lage, langfristig den Kurs der SPD zu beeinflussen und  
7 sogar vorzugeben. Sie sind die führenden SozialdemokratInnen der kommenden Jahrzehnte.  
8 Deshalb ist es für die Jusos von großer Bedeutung, sich der Geschichte und der Verantwortung  
9 der Sozialdemokratie bewusst zu sein und mit der Ausformulierung sozialdemokratischer  
10 Grundsätze Perspektiven für die SPD als Volkspartei zu schaffen. Wann immer die SPD droht, die  
11 Bevölkerung nicht mehr zu erreichen, sind auch die Jusos in der Verantwortung, die Partei  
12 wieder aufzurichten. Die Lage der Jusos ist deshalb niemals von der Lage der SPD zu trennen,  
13 obgleich die Jusos über unabhängige Strukturen verfügen, in denen junge Menschen bereits  
14 Verantwortung übernehmen können, Parteistrukturen kennen lernen und sich politisch mit  
15 einer Vielzahl an Themen auseinandersetzen. Die Jusos können und müssen junge Menschen für  
16 sozialdemokratische Politik begeistern ohne sie zu bekehren und bestimmte Menschen dabei  
17 strukturell auszugrenzen. Es wird oft und zu Recht als großes Übel angesehen, dass sich immer  
18 weniger junge Menschen für die Parteien interessieren und sich enttäuscht von ihnen  
19 abwenden. Wer, wenn nicht junge Menschen, die sich begeistert engagieren, sind in der Lage,  
20 dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

21 Die Jusos sind ein dynamischer Verband, der mit der nötigen Flexibilität und einem großen  
22 Engagement auch in Wahlkämpfen für die Partei unverzichtbar ist. Auch deshalb müssen die  
23 Jusos von der SPD ernst genommen werden. Personell und inhaltlich sind sie die Zukunft der  
24 Partei. Die Jusos sind darauf angewiesen, in die SPD mit eingebunden zu werden, um ihre  
25 Stärken für die Partei auszuspielen und gleichzeitig von gefestigten Parteistrukturen zu  
26 profitieren und Rückhalt zu finden. Gemeinsam mit der SPD können die Jusos viel für die  
27 Sozialdemokratie leisten, ohne dabei die Unabhängigkeit und nötige kritische Distanz  
28 einzubüßen. Schließlich eint uns das Bestreben, den Menschen innerhalb und außerhalb der  
29 Partei Perspektiven und Möglichkeiten aufzuzeigen und sie an Gestaltungsprozesse  
30 heranzuführen. Ihre Ansichten und Erfahrungen sind wertvolle Bestandteile unseres Verbands  
31 und fördern den Pluralismus.

## 1 Sozialpolitik

2 Der Sozialstaat ist die wesentliche Säule der demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Er  
3 schützt jeden Menschen davor, verschuldet oder unverschuldet vom gesellschaftlichen Leben  
4 ausgeschlossen zu werden. Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und  
5 Solidarität sind die Maßstäbe für die Gestaltung unseres Sozialstaates, der durch Sicherheit,  
6 Teilhabe und Emanzipation ein demokratisches Zusammenleben überhaupt erst ermöglicht,  
7 bzw. die Grundlage unserer Demokratie ist. Die konkrete Aufgaben des Sozialstaates ist es,  
8 Bildung, gesellschaftliche Teilhabe, Gesundheit und Altersfürsorge für alle BürgerInnen  
9 gleichermaßen erreichbar werden zu lassen. Die Fortentwicklung unserer Gesellschaft macht es  
10 auch für den Sozialstaat notwendig, progressiv weiter entwickelt zu werden. Wir müssen dem  
11 veränderten Arbeitsumfeld und dem demographischen Wandel Rechnung tragen, wobei  
12 gleichzeitig die Konsolidierungsnotwendigkeit des Staatshaushaltes nicht aus den Augen  
13 verloren werden darf. Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage des vorsorgenden Sozialstaates.

14 Gerechtigkeit und Solidarität müssen auch für die Finanzierung unseres Sozialstaates gelten.  
15 Auch aus ökonomischen Gründen muss die Finanzierung des Sozialstaates auf eine breite  
16 Grundlage gestellt werden, jedoch muss die Nachhaltigkeit hierbei stets berücksichtigt werden.  
17 Alle BürgerInnen müssen gleichermaßen abgesichert sein und verpflichtet werden, seinen oder  
18 ihren Beitrag zur Finanzierung zu leisten, um langfristig einen solidarischen und gerechten  
19 vorsorgenden Sozialstaat zu ermöglichen.

## 20 Bildungspolitik

21 Gute Bildungspolitik hat eine Schlüsselfunktion für die Verwirklichung der  
22 sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, denn sie sorgt für  
23 mündige und demokratiefähige BürgerInnen und Chancengerechtigkeit unabhängig von der  
24 sozialen Herkunft. Es ist in der Geschichte der Sozialdemokratie immer ihr zentrales Bestreben  
25 gewesen, der gesamten Bevölkerung den Zugang zu breiter Bildung zu ermöglichen, um der  
26 Entstehung von Elitezirkeln, sozialer Auslese und populistischen Volksverführern eine starke  
27 Kraft entgegenzusetzen. Es ist eine ursozialdemokratische Überzeugung, dass Bildung  
28 zuallererst Menschenrecht ist.

29 Die Chance auf gute Bildung ist nicht nur für die Menschen von elementarer Wichtigkeit,  
30 sondern auch für Deutschland in einer globalisierten Welt der Motor des Fortschrittes.

3 Steigender Wohlstand, stabile Demokratie, Wirtschaftswachstum und ein  
4 Geschichtsbewusstsein, mit dem die Zukunft positiv gestaltet werden kann, sind die Ziele, die  
5 damit verbunden sind.

6 Sozialdemokratische Politik steht deshalb für einen freien Zugang zu allen staatlichen  
7 Bildungseinrichtungen - von der Kita über die Schule bis zur Hochschule. Jeder und jedem muss  
8 die Möglichkeit gegeben werden, seinen oder ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert zu  
9 werden, ohne dabei auf soziale Hürden zu stoßen, die eine Teilhabe an Bildung aufgrund von  
10 finanziellen Anforderungen nicht zulassen, obwohl die fachlichen erfüllt werden.

11 Gebührenfreiheit und staatliche Förderung sind dabei die notwendigen Werkzeuge. Das  
12 Bemühen um zusätzliche, auch nichtstaatliche Förderungsmittel zur besonderen Unterstützung  
13 von Talenten ist zu befürworten. Deutschland profitiert als Ganzes sowohl von einer breit  
14 gebildeten Bevölkerung als auch von Spitzenförderung. Letztere darf dabei jedoch nie zu Lasten  
15 der Grundversorgung gehen.

16 Staatliche Schulen müssen für alle Eltern und SchülerInnen ein überzeugendes Angebot bieten.  
17 Durchlässigkeit auf der einen Seite und gezielte Förderung auf der anderen, also auch die  
18 Ausdifferenzierung von Leistungen, gehören zu einem verantwortungsvollen Bildungssystem,  
19 das alle mitnimmt und nach seinen oder ihren Möglichkeiten fördert.

20 Unsere Hochschulen müssen stets internationalen Maßstäben gerecht werden oder sie sogar  
21 vorgeben. Es muss ihnen dabei die nötige Autonomie gegeben werden, mit der sie sich im  
22 Wettstreit miteinander jenseits von Eliteetiketten ein Profil bilden und sich weiter entwickeln  
23 können. Die Nachahmung von erfolgreichen Konzepten muss für Hochschulen notwendig sein,  
24 um in diesem Wettstreit zu bestehen, sonst findet sie nicht statt. Das Werben um erstklassige  
25 Lehrende und um Studierende beschränkt sich nicht auf den nationalen Raum. Von einer hohen  
26 Anzahl an AkademikerInnen profitiert die gesamte Bevölkerung.

27 In der Wissenschaft können Forschung und Lehre nicht getrennt voneinander behandelt und  
28 erst recht nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ohne erstklassige Forschung gibt es keine  
29 erstklassige Lehre und andersherum.

30 Diesen Anforderungen kann die Politik nur über die angemessene finanzielle Ausstattung von  
31 Bildungseinrichtungen gerecht werden. Bildungspolitik ist immer auch Haushaltspolitik. Sie  
32 stellt die Weichen für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Zukunft.

## 1 Wirtschaftspolitik

2 Das zentrale Element jeder Gesellschaft ist ihr Wirtschaftssystem. Von ihm hängt nicht nur die  
3 volkswirtschaftliche Wohlfahrt, sondern auch die Leistungsfähigkeit des Staates ab. Die  
4 deutsche Sozialdemokratie hat aus der Gegenbewegung zum Kommunismus den Begriff des  
5 demokratischen Sozialismus geprägt, der in der reformistischen Fortentwicklung der deutschen  
6 Sozialdemokratie und Gesellschaft zur sozialen Marktwirtschaft geführt hat. Wir bekennen uns  
7 zur sozialen Marktwirtschaft als Ergebnis dieser Entwicklung und wollen die Dynamik der  
8 Märkte in den Dienst der Menschen stellen und nicht andersherum.

9 Märkte bedürfen der politischen Gestaltung – im Zeitalter der Globalisierung auch über die  
10 deutschen Grenzen hinaus. Dem Wettbewerb muss dabei ein größtmöglicher Raum gegeben  
11 werden. Wann immer die Märkte sich nicht von selbst regulieren, natürliche Ressourcen  
12 verschwenden oder zu Ausbeutung und Armut führen, liegt es am Staat, regulierend  
13 einzugreifen, um die Menschen von Ungerechtigkeit und Marktmissbrauch zu schützen. Zu  
14 befürworten ist eine nachhaltige und qualitative Wachstumsentwicklung, die dem Staat die  
15 Aufgaben der Qualifizierung und Bildung, aber auch steigende Investitionen in Forschung und  
16 Infrastruktur überträgt. Kurzfristige Renditeinteressen, vor allem an den Finanzmärkten,  
17 gefährden langfristige Wachstumsstrategien. Es ist die Aufgabe des Staates, den rechtlichen  
18 Rahmen so zu gestalten, dass kurzfristiges Renditestreben eingedämmt wird. Gleichzeitig muss  
19 nachhaltiges und arbeitsplatzsicherndes Wirtschaften unserer Volkswirtschaft hohe  
20 Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Wertschöpfung garantieren.

21 Im Grundgesetz heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der  
22 Allgemeinheit dienen.“ Wirtschaftliche Demokratie ist unverzichtbar dafür, diese Forderung mit  
23 Leben zu füllen. Die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, die Tarifautonomie und  
24 das Streikrecht sind dafür grundlegend.

## 25 Finanzpolitik

26 Ein demokratisch verfasster Staat muss handlungsfähig sein, will er nicht das Vertrauen seiner  
27 BürgerInnen verlieren. Hierzu gehören gesunde öffentliche Finanzen. Mit dem solidarisch von  
28 allen Wirtschaftsteilnehmern aufgebrachtten Steueraufkommen muss verantwortungsvoll  
29 umgegangen werden.

1 Der Umgang mit öffentlichen Finanzen muss aus Solidarität mit den kommenden Generationen  
2 nachhaltig sein. Staatliche Kreditaufnahme muss den Ausnahmefall der Finanzpolitik darstellen.  
3 Kredite bringen der Gegenwart nur Liquidität, indem sie sie der Zukunft entziehen; diese  
4 vorgezogene Liquidität wird darüber hinaus mit Zinsen teuer erkaufte. Der Glaube an eine  
5 Rückzahlung von Krediten in Zeiten guter Konjunktur unterschätzt den Druck, der in solchen  
6 Zeiten in Richtung Ausgabenvermehrung auf die politischen Entscheidungsträger ausgeübt  
7 wird. Dieses wurde in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik von allen Regierungen  
8 eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Anhäufung von Schulden bindet große Teile der  
9 öffentlichen Finanzen für Zins und Tilgung und entzieht diese Mittel der Verwendung zu  
10 politischen Zwecken. Generell ist es im Zeitalter der Globalisierung fast unmöglich geworden,  
11 durch monostaatliche Investitionsprogramme Einfluss auf die internationalen  
12 Kapitalbewegungen zu nehmen.

13 Auch bei der Frage danach, wofür öffentliche Mittel verwendet werden, ist Nachhaltigkeit  
14 geboten. Investive Ausgaben im weitesten Sinne, solche für Bildung als Investition in die  
15 Gesellschaft eingeschlossen, sind gegenüber konsumtiven Ausgaben grundsätzlich vorzuziehen.  
16 Auch die Tilgung angehäufter Kredite ist eine vordringliche und nachhaltige Mittelverwendung,  
17 weil sie alle künftigen Haushalte entlastet.

18 Die Entscheidungen über die Geldpolitik sind dem politischen Raum zu Recht entzogen. Die  
19 Zentralbanken haben in erster Linie für die Stabilität der Preise zu sorgen und bedürfen dazu der  
20 Unabhängigkeit von den politischen Prozessen. Gerade eine verstärkte Inflation trifft als  
21 allererstes die Finanzschwachen einer Gesellschaft, daher ist die Wahrung der Preisstabilität ein  
22 ureigenes sozialdemokratisches Anliegen.

### 23 **Gesellschaftspolitik**

24 Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik bedeutet Gleichberechtigung und  
25 Chancengerechtigkeit als gelebte Realität. Sie steht für das Ziel, alle diskriminierten  
26 gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Es gibt für  
27 jeden Menschen eine Vielzahl von Lebensentwürfen, für die sich frei entschieden werden kann  
28 und deren Verwirklichung ermöglicht und mit einem Bewusstsein für gesellschaftliche  
29 Solidarität verknüpft werden muss.

1 Anzustreben ist eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch  
2 miteinander leben können. Noch immer sind die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Politik  
3 fast ausschließlich von Männern besetzt und noch immer verdienen Frauen weniger als Männer  
4 – deshalb fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

5 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch weiterhin primär ein Problem der Mütter. Es  
6 muss jeder Frau und jedem Mann die Möglichkeit gegeben werden, sich für Familie und Beruf  
7 oder nur für eines von beiden diskriminierungsfrei zu entscheiden. Die Vereinbarkeit von Familie  
8 und Beruf wird nur durch bedarfsgerechte und flächendeckende Betreuungseinrichtungen  
9 sowie eine gesellschaftliche Akzeptanz ermöglicht.

10 Wir treten für eine Gleichberechtigung von Homosexuellen ein. Das Lebenspartnerschaftsgesetz  
11 und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz haben bereits eine rechtliche Grundlage  
12 geschaffen, die durch gezielte Aufklärung der Gesellschaft und Förderung zu einer tatsächlichen  
13 Gleichberechtigung werden muss.

14 Eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft zeichnet sich weiterhin dadurch aus, dass sie  
15 Menschen mit Behinderung strukturell und gesellschaftlich die gleichen Chancen und die  
16 gleiche Teilhabe ermöglicht. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die Gewährleistung der  
17 Barrierefreiheit, der Zugang zu Bildungseinrichtungen, die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt und  
18 am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.

19 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Der sozialdemokratische Grundwert der Solidarität gilt  
20 auch im internationalen Maßstab. Deutschland als wirtschaftlich potentes und hoch  
21 entwickeltes Land muss Flüchtlingen und politisch Verfolgten Schutz bieten.

22 Auch für unsere Gesellschaft ist die Einwanderung ein grundsätzlich positiver Prozess, da  
23 EinwanderInnen Wissen nach Deutschland bringen, zur Verbesserung der Demographie und zur  
24 ökonomischen Leistungsfähigkeit beitragen. Ohne eine Integration ist eine Einwanderung nicht  
25 möglich. Wir setzen Integration nicht mit Assimilation gleich. Um eine Integration zu  
26 ermöglichen, müssen beide Seiten dazu bereit sein, aufeinander zuzugehen und sich in ihrem  
27 kulturellen Kontext zu akzeptieren. Ein kultureller Austausch und eine gute Integrationspolitik  
28 sind die beste Prävention gegen Vorurteile und Rassismus. Das Grundgesetz bietet jedem die  
29 Möglichkeit der kulturellen Entfaltung, jedoch dürfen unter Hinweis auf Religion oder Tradition  
30 dessen Grenzen nicht überschritten werden.

## Kulturpolitik

3 Die sozialdemokratische Kulturpolitik umfasst die Förderung und die Anerkennung des  
4 Eigenwertes der KünstlerInnen, sowie die Anerkennung von Kultur als bedeutenden Beitrag zur  
5 Entwicklung der Gesellschaft und der in ihr lebenden Persönlichkeiten. Kunst und Kultur prägen  
6 die Menschen und stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Kultur ist die Verwirklichung  
7 von Freiheit und Vielfalt und umfasst Künste, Bildung und geschichtliches Erbe.

8 Zur Kulturpolitik gehört die monetäre Förderung von kulturellen Einrichtungen und Projekten.  
9 Dies umfasst die direkte Finanzierung öffentlicher Institutionen, sowie privater  
10 Kulturschaffender. Ebenfalls ist die Weiterentwicklung und Modernisierung der rechtlichen  
11 Rahmenbedingungen für künstlerisches Schaffen und die Sicherung einer freien und  
12 pluralistischen Medienlandschaft im Großen wie im Kleinen eine zentrale Aufgabe  
13 sozialdemokratischer Kulturpolitik. Der öffentliche Diskurs über Kunst und Kultur muss  
14 vorangetrieben werden.

15 Kultur stellt ein Bürgerrecht dar. Durch die Kulturpolitik kann der gesellschaftlichen  
16 Ausdifferenzierung entgegengewirkt und durch kulturelle Bildung und Auseinandersetzung  
17 können Teilhabe und Integration aller gewährleistet werden. Kultur und damit auch die  
18 Kulturpolitik bilden das Fundament für Demokratie, nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern  
19 auch als Grundlage für einen internationalen Dialog. Die Stärkung der Freiheit der Künste ist Teil  
20 sozialdemokratischer Politik.

21 Um die demokratische Zukunft zu gewährleisten bedarf es einer aktiven Erinnerungskultur. Die  
22 Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, den Stalinismus und die SED-Diktatur, an die Opfer  
23 dieser Regime sowie an Opposition und Widerstand muss ein Teil unserer Kultur sein und  
24 bleiben. Ohne eine Erinnerung an und eine Verarbeitung der Vergangenheit kann keine  
25 freiheitliche, demokratische und gerechte Zukunft nicht gesichert werden.

## 26 Rechtspolitik

27 In einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft garantiert die Rechtsordnung und das damit  
28 verbundene Gewaltmonopol des Staates allen die Wahrung ihrer bürgerlichen Rechte. Der Staat  
29 muss in der Rechtspolitik den sozialdemokratischen Grundsätzen folgen: Solidarität durch freien

1 Zugang zur Gerichtsbarkeit, Freiheit durch Garantie der Grundrechte und Gerechtigkeit durch  
2 eine Justiz frei von Willkür.

3 Die als Ergebnis der politischen Prozesse gegebenen Rechtsnormen müssen Beachtung und  
4 Respekt erzeugen, wenn das Gemeinwesen Bestand haben soll. Für das politische Handeln  
5 bedeutet das zweierlei: Zum einen darf eine demokratische Partei niemals Menschen zum  
6 Rechtsbruch auffordern, um nicht das System der parlamentarischen Demokratie zu  
7 untergraben. Das heißt, eine Partei muss ihre Ziele innerhalb der zur Gesetzesänderung  
8 gegebenen Verfahren durchzusetzen suchen. Zum andern muss eine Partei in  
9 Regierungsverantwortung mit der Befugnis zur Gesetzgebung maßvoll umgehen;  
10 gesetzgeberischer Aktionismus, symbolische Gesetzgebung und unrealistische Normbefehle  
11 gefährden die Glaubwürdigkeit der Rechtsordnung und damit die Grundlage des Rechtsstaates  
12 insgesamt.

13 Eine tragende Säule des Rechtsstaates sind die unabhängigen und weisungsfreien Institutionen  
14 der Justiz, die den Rechten jedes Einzelnen Schutz bieten und dabei an der Verwirklichung von  
15 Gerechtigkeit mitwirken. Jede Regierung trifft die Verantwortung dafür, die Gerichte durch  
16 durchdachte Gesetze in die Lage zu versetzen, das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat  
17 durch unparteiische und zügige Entscheidungen immerfort zu erhalten.

18 Die richterliche Unabhängigkeit gilt insbesondere für die Politik, die schon dann ihre Befugnisse  
19 überschreitet, wenn sie richterliche Entscheidungen in Frage stellt. Die Antwort auf politisch  
20 abgelehnte Verfahrensergebnisse kann nur eine Gesetzesänderung sein und nicht ein Angriff  
21 auf die unabhängige Institution, der deren Autorität gefährdet.

22 Strafen sind das schärfste Schwert des Rechtsstaates. Bei der gesetzlichen Bestimmung von  
23 Sanktionen für normabweichendes Verhalten ist deshalb Augenmaß und Besonnenheit gefragt,  
24 damit Freiheitsbeschränkungen nur als letztes Mittel auferlegt werden. Strafrecht darf nicht für  
25 Symbolpolitik missbraucht werden. Strafnormen sind von Nöten, um das Vertrauen in die  
26 Stabilität der Rechtsordnung zu erhalten, jedoch dürfen ihre Abschreckungseffekte nicht  
27 überschätzt werden.

28 Soweit das Gesetz Strafnormen enthält, müssen diese konsequent durchgesetzt werden. Der  
29 Strafvollzug gehört in die Hand des Staates; er soll die Verurteilten zu einem späteren Leben  
30 ohne Straftaten anleiten, sie also (re-)sozialisieren, da es ein Anliegen der Sozialdemokratie ist,  
31 solidarisch auch zu allen von der Gesellschaft ausgeschlossenen Menschen zu sein. Dabei darf

1 Solidarität nicht mit Nachsicht oder Toleranz gegenüber kriminellen Handlungen verwechselt  
2 werden.

### 3 Innere Sicherheit

4 Sicherheit ist Freiheitsschutz. Für eine stabile und gerechte Gesellschaft im Sinne der  
5 Sozialdemokratie ist es von besonderer Wichtigkeit, bei der Sicherheitspolitik mit Augenmaß  
6 vorzugehen, um die schwierige Gratwanderung zwischen persönlicher Freiheit des Einzelnen  
7 und dem Schutz aller zu meistern.

8 Der Freiheitsspielraum des Einzelnen verringert sich in dem Maße, in dem er sich wirklichen oder  
9 empfundenen Bedrohungen ausgesetzt sieht, die seine Entschließungsfreiheit beeinträchtigen.  
10 Im Interesse der Freiheit ihrer Mitglieder muss die Gesellschaft daher für deren Sicherheit  
11 sorgen.

12 Die Gewährleistung von Sicherheit findet auf allen staatlichen Ebenen statt und kann alle  
13 Politikfelder betreffen. Gut ausgestattete und miteinander vernetzte Polizei- und  
14 Justizbehörden gehören ebenso dazu wie eine Stadtentwicklungs-, bzw. Bildungspolitik, die der  
15 Entstehung von Parallelgesellschaften und damit verbundenen Vorurteilen gezielt  
16 entgegenwirkt.

17 Die den Polizeibehörden eingeräumten Befugnisse zur Sicherheitsgewährleistung greifen auf  
18 der einen Seite in die Freiheitsrechte Betroffener ein, wobei sogar gänzlich Unbeteiligte berührt  
19 werden können. Somit muss auf der anderen Seite der Einräumung von Befugnissen jeweils eine  
20 Abwägung zwischen der zu erwartenden Freiheitseinbuße und dem mit ihr erreichbaren  
21 Sicherheitsgewinn zu Grunde liegen. Dort, wo Gefahren für Leben, Leib und Freiheit von  
22 Menschen bestehen, sollten Informationseingriffe zugelassen werden können.

23 Der demokratische Rechtsstaat muss sich selbst, seine Institutionen und seine BürgerInnen  
24 gegen Angriffe politischer ExtremistInnen verteidigen. TerroristInnen begegnet er mit aller  
25 Strenge, erpressen lässt er sich niemals. Extremismus und Terrorismus sind keine gewöhnliche  
26 Kriminalität und deshalb auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu verfolgen. Zu ihrer  
27 Bekämpfung ist auch die punktuelle Zusammenarbeit von Polizeibehörden und  
28 Nachrichtendiensten legitim. Solch eine Zusammenarbeit muss allerdings stets mit  
29 größtmöglichem Augenmaß erfolgen und darf sich nie über bestehende Gesetze hinwegsetzen.

1 Die Streitkräfte haben an Sicherheitsaufgaben im Inland keinen Anteil. Nur im  
2 Katastrophenfalle dürfen sie hinzugezogen werden.

### 3 Umwelt- und Energiepolitik

4 Umwelt- und Energiepolitik bewegen sich in einem Spannungsfeld: Während technischer  
5 Fortschritt die Gesellschaft voranbringt, ist derselbe häufig auch Verursacher von  
6 Umweltschäden. Gesellschaftlichen Wohlstand und eine unbeschadete Umwelt miteinander in  
7 Einklang zu bringen, ist Aufgabe sozialdemokratischer Politik. Unterstützt wird sie dabei durch  
8 ein gesteigertes Umweltbewusstsein innerhalb der Bevölkerung und eine zunehmende  
9 Rentabilität von ökologischen Technologien.

10 Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist dabei unabdingbar. Bis eine  
11 hundertprozentige Abdeckung durch regenerative Technologien gewährleistet werden kann,  
12 sind einzig moderne Gaskraftwerke als Brückentechnologie akzeptabel. Kern- oder  
13 Kohlekraftwerke gehören der Vergangenheit an. Wir bekennen uns zu dem beschlossenen  
14 Ausstieg aus der Kerntechnologie.

15 Moderne Umweltstandards und Energieerzeugungstechnologien müssen nach der Entwicklung  
16 möglichst schnell allen Teilen der Welt zugänglich gemacht werden. Dabei muss natürlich die  
17 Rentabilität der Forschungsinvestitionen gewährleistet werden. Als hoch entwickelte  
18 Industrienation muss Deutschland dafür Sorge tragen, dass durch Technologietransfer und  
19 gezielter projektbezogener Entwicklungshilfe die Standards deutscher Umwelttechnik auch in  
20 ärmeren Regionen dieser Welt zeitnah etabliert werden.

21 Sozialdemokratische Umweltpolitik bedeutet immer, das Element der Kostensteuerung  
22 verantwortungsbewusst einzusetzen. Es kann sinnvoll sein, durch Verteuerung oder  
23 Vergünstigung das Konsumverhalten der VerbraucherInnen oder die Produktions- und  
24 Entwicklungspläne von Unternehmen zu beeinflussen.

25 Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass umweltbewusstes Handeln in Zukunft stärker in die  
26 Kaufentscheidung der VerbraucherInnen eingeht. Ein einfaches Appellieren an das  
27 Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen reicht meist nicht aus.

28 Umwelt- und Energiepolitik fängt bei jeder und jedem Einzelnen an. Alle müssen ihre  
29 Lebensweise und ihren Energieverbrauch auf den Prüfstand stellen. Durch staatliche

1 Förderungen muss gewährleistet werden, dass alle BürgerInnen über Möglichkeiten des  
2 Energiesparens und der umweltschonenden Gestaltung seines oder ihres Lebensraumes  
3 aufgeklärt sind.

#### 4 Infrastruktur & Verkehrspolitik

5 In der globalisierten Welt ist eine hohe Mobilität als Grundvoraussetzung für eine ausreichende  
6 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unverzichtbar. Dies betrifft nicht nur den eigenen  
7 Arbeitsplatz, sondern auch kulturelle Angebote, die Gestaltung der Freizeit sowie die Anbindung  
8 an die Familie und den Freundeskreis. Für uns SozialdemokratInnen ist sie somit eine  
9 Grundbedingung für eine gerechte Gesellschaft.

10 Gütertransporte auf der Straße, der Schiene und dem Wasserweg steigen kontinuierlich an. Für  
11 Deutschland als wichtigster Logistikstandort Europas ist es wichtig, dieser Entwicklung fördernd  
12 zu begegnen, um die damit verbundenen Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern, die Welt mit  
13 Gütern zu versorgen und den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Besonders intensiv müssen  
14 die logistischen Knotenpunkte gefördert werden.

15 Allen Menschen muss der Zugang zu den Verteilungsnetzen und der Infrastruktur möglich sein.  
16 Der Staat hat hierbei die Aufgabe, den rechtlichen Rahmen so zu gestalten, dass die  
17 Abhängigkeit der Menschen von diesen Netzen nicht monopolistisch missbraucht werden kann.  
18 Die gleiche Gefahr besteht beim öffentlichen Personennahverkehr. Auf Schiene und Straße  
19 bedarf es Preisen, die eine Nutzung für alle Menschen möglich macht.

20 Die Investitionen in neue überregionale Schienennetze und Straßen, sowie die Instandhaltung  
21 des bestehenden Infrastrukturnetzes muss staatliche Aufgabe sein. Abzulehnen ist die  
22 Privatisierung von Schienen, Straßen oder sonstiger Infrastruktur, da Gewinnorientierung  
23 immer den Instandhaltungsinvestitionen entgegensteht. Dieses Spannungsverhältnis führt  
24 potentiell zu einer Verschlechterung der Infrastruktur. Es verhält sich wie im Bereich der  
25 Telekommunikation, sowie bei Strom, Gas oder Wasser. Die Erzeuger dürfen nicht im Besitz der  
26 Infrastruktur sein, die zur Verteilung benötigt wird. Die Bündelung von Erzeugung, Verteilung  
27 und Verkauf in einem Wirtschaftsunternehmen führt zu missbräuchlichen Strukturen. Nur ein  
28 Staatsmonopol der Netze kann allen BürgerInnen die notwendige Teilhabe am  
29 gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

## 1 Europapolitik

2 Unsere Zukunft ist Europa. Der europäische Gedanke fördert Toleranz und Frieden, kulturelles  
3 Verständnis und Chancengerechtigkeit. SozialdemokratInnen stehen zu einer europäischen  
4 Verfassung. Es ist wichtig, dass nicht nur einseitige Integrationsprozesse in der  
5 Wirtschaftspolitik vollzogen werden, sondern dass Europa zu einer Vereinigung von gleichen  
6 Werten, gleichem Rechtsempfinden und gleichen sozialen Standards beiträgt und diese  
7 garantiert.

8 Im Fokus sozialdemokratischer Politik steht eine Politisierung von Europa, ein Europa der  
9 BürgerInnen. Dabei muss die Europäisierung der gewerkschaftlichen Arbeit genauso beachtet  
10 werden, wie die Förderung des europäischen Marktes. Europa muss wirtschaftlich stark sein,  
11 aber auch sozial und vor allem von Grund auf demokratisch. Die Stärkung des Parlaments als  
12 legitime Legislative ist dabei unumgänglich für eine Bildung einer europäischen Identität und  
13 Öffentlichkeit.

14 Bildungspolitik muss in Europa Priorität erhalten. Aus den besten Erfahrungen der einzelnen  
15 Länder soll ein Bildungsangebot für eine gute Zukunft ohne Grenzen wachsen. Dabei geht es  
16 neben beruflicher Qualifizierung vor allem um die Ausbildung demokratischer, informierter und  
17 verantwortungsbewusster BürgerInnen.

18 Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist notwendig, um globale Entwicklungen mit  
19 beeinflussen zu können. Wir brauchen ein durch Werte geprägtes Europa, das sich gegen anti-  
20 demokratische Tendenzen weltweit stellt und die Interessen der Mitgliedstaaten mit einer  
21 starken Stimme vertritt.

22 Wir treten gegen eine Renationalisierung und für eine tiefere Europäische Integration ein. Dabei  
23 gilt es, die Vielfalt Europas als Stärke zu begreifen und nicht als Gegenpol zum europäischen  
24 Gedanken. Wir wollen Europas gute Eigenschaften ausbauen und seine Schwächen zu  
25 überwinden helfen. Ein demokratisches und soziales Europa ist die Garantie für Frieden und  
26 Wohlstand in unserer Gesellschaft.

## 1 Außenpolitik- und Sicherheitspolitik

2 Außenpolitik ist Friedenspolitik. Sozialdemokratisches Wirken in außenpolitischen Fragen, das  
3 haben unsere Außenminister Willy Brandt und Frank-Walter Steinmeier demonstriert, bedeutet  
4 Annäherung statt Abschottung, Diplomatie statt militärischem Aktionismus und  
5 Bündniswahrung statt Spaltung. Die Sozialdemokratie steht für eine verantwortungsbewusste  
6 Außenpolitik, die kriegerische Handlungen nur als ultima ratio zur Lösung von Konflikten sieht.  
7 Diplomatie, Entwicklungshilfe und Demokratieförderung müssen im Fokus  
8 sozialdemokratischen Handelns in außenpolitischen Fragen stehen.

9 Die Vereinten Nationen nehmen als völkergemeinschaftliche Dachorganisation weltweit eine  
10 einzigartige Rolle ein. Die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates zu Friedensmissionen und erst  
11 recht zu souveränitätsverletzenden Einsätzen ist unabdingbar. Deshalb muss die Organisation  
12 einen hohen Stellenwert haben und auch in Zukunft ohne Legitimationsverlust handlungsfähig  
13 bleiben.

14 SozialdemokratInnen anerkennen und respektieren die internationale Gerichtsbarkeit der UN-  
15 Tribunale. Es muss darauf hingewirkt werden, dass auch unsere Bündnispartner sich dieser  
16 Gerichtsbarkeit unterwerfen, da nur so ein freies, gerechtes und solidarisches Zusammenleben  
17 in der Welt möglich ist.

18 Die Wahrung der Menschenrechte ist für SozialdemokratInnen eine Selbstverständlichkeit.  
19 Niemals und nirgends dürfen Verletzungen dieser Rechte hingenommen oder verursacht  
20 werden.

21 Internationale Stabilität ist unverzichtbar für Frieden. Die NATO als Bündnisorganisation ist  
22 notwendig und richtig. Dabei darf der Zweck der NATO als Verteidigungsbündnis niemals zu  
23 einem eigenständigen Interventionsbündnis verschoben werden. Nur in Zusammenarbeit mit  
24 den Vereinten Nationen dürfen die NATO-Mitgliederstaaten auch außerhalb ihrer  
25 Bestimmungen agieren. Dabei sind alle Mittel der Diplomatie den militärischen vorzuziehen.

26 Deutschland muss in der Außenpolitik Verantwortung übernehmen. Gerade  
27 SozialdemokratInnen haben es immer verstanden, eine solche Verantwortung mit aller  
28 gebotenen Vernunft und Augenmaß auszufüllen. Dies muss auch in Zukunft so sein, damit  
29 unsere sozialdemokratischen Grundsätze und Werte die Basis des außenpolitischen Wirkens  
30 Deutschlands sind.

1 **Schlusswort**

2 Die Analyse der dargelegten Politikfelder und die Zusammenschau der erarbeiteten Positionen  
3 zeigen deutlich auf, dass die Sozialdemokratie heute und in Zukunft wichtiger und lebendiger ist  
4 denn je. Eine moderne SPD ist von hoher Bedeutung für jede und jeden Einzelnen von uns sowie  
5 für unsere Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

6 Als die große Volkspartei Deutschlands ist es der SPD möglich, nicht nur für Deutschland,  
7 sondern auch für Europa und weltweit eine positive Zukunft zu gestalten. Dafür muss sie bereit  
8 sein, Verantwortung zu übernehmen und sich selbst stetig zu reflektieren.

9 Es ist dieser stete Wunsch nach Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen, der als  
10 Grundlage der großen Historie der SPD auch in Zukunft ihr Antrieb sein wird.

11 Die in diesem Papier vorgelegten Standpunkte sollen dabei als Grundlage für die politische und  
12 gesellschaftliche Arbeit aller SozialdemokratInnen dienen, um sie aus der Partei in die  
13 Gesellschaft zu tragen.

14 Die SPD kämpft geschlossen für eine Sozialdemokratie der Zukunft!

1 Kampf gegen rechte Gewalt

## 2 Einrichten einer Aussteigerhilfe für rechte Straftäter

3 In Hamburg gibt es bislang keine institutionalisierte Hilfe für einen Ausstieg aus der rechten  
4 Szene. Die vom Bund dafür bereitstehenden Fördermittel werden in den Bundesländern  
5 unterschiedlich eingesetzt. Hamburg betreibt eine bei der Polizei Hamburg angesiedelte  
6 telefonische Beratungsstelle, die bei weitem nicht ausreicht und, laut Aussage der Polizei, kaum  
7 genutzt wird.

8 In Hamburg gibt es eine aktive rechte Szene, auch wenn sie nicht offen und für jeden ersichtlich  
9 in Erscheinung tritt. Noch immer verfallen Jugendliche den einfachen Formeln der Rechten und  
10 verschreiben sich damit einem Leben, in dem Gewalt als legitimes Mittel im Umgang mit  
11 Gegnern und anders Denkenden ist. Keine Stadt kann es sich nicht leisten, jugendliche Straftäter  
12 mit rechtem Gedankengut zu ignorieren oder gegebenenfalls ohne weitere Maßnahmen zu  
13 inhaftieren. Es ist notwendig, präventiv gegen rechte Gewalt vorzugehen. Da es ein elementares  
14 gesellschaftliches Interesse ist, Straftätern die Möglichkeit zu bieten, aus der Szene  
15 auszusteigen und sich von dem Gedankengut zu befreien.

16 Das Land Niedersachsen hat dafür ein Modellprojekt ins Leben gerufen, das seit 2001 versucht,  
17 Straftäter aus der rechten Szene mit Hilfe von Sozialpädagogen und im Bundesgebiet  
18 einzigartigen Methoden von rechten Ideologien sowie vom Teufelskreis der Gewalt zu lösen.  
19 Durch eine erstaunliche Erfolgsquote von 43 Prozent und eine nach sieben Jahren gute  
20 Zusammenarbeit mit Behörden und sozialen Verbänden hat sich die „AussteigerhilfeRechts“ in  
21 Niedersachsen etabliert und gehört dort zu einem der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen  
22 rechte Gewalt.

23 Die „AussteigerhilfeRechts“ ist an das Justizministerium angeschlossen, agiert aber unabhängig  
24 und mit eigenem Etat. Die Anlaufphase dieser Initiative beanspruchte zwei Jahre, bis erste  
25 Erfolge aufgrund der Etablierung zu verzeichnen waren. Eine Kooperation mit den Mitarbeitern  
26 und Erfindern des Konzepts ist möglich und ausdrücklich erwünscht.

1 Die Jusos Hamburg fordern, diese Erfahrungen und Konzepte aus Niedersachsen zu nutzen und  
2 auf Hamburg zu übertragen. Konkret heißt dies folgendes:

### 3 **Ausstieg ist mehr als nur ein Verzicht auf Straftaten**

4 Der größte Unterschied zwischen den Projekten der einzelnen Bundesländer liegt in der  
5 Definition, was unter einem Ausstieg zu verstehen ist. Dabei reicht es manchmal schon, nicht  
6 weiter mit Straftaten aufzufallen. So eine reduzierte Definition hat zwar zur Folge, dass die Zahl  
7 der Aussteiger statistisch höher liegt, langfristig gesehen kann dies jedoch keine Aussicht auf  
8 Erfolg im Kampf gegen Rechte Gewalt haben. Deswegen ist es notwendig, neben der Abkehr von  
9 Straffälligkeit auch den Bruch mit früheren Kameraden/Freunden und das Lösen von  
10 rechtsextremistischen Ideologien anzustreben und auch einzufordern. Nur so ist ein  
11 vollständiger Ausstieg möglich!

### 12 **Hilfe nach Straffälligkeit**

13 Die Aussteigerhilfe soll sich an Jugendliche, junge Heranwachsende und Erwachsene wenden,  
14 die wegen rechtsextremistischer Straftaten in Erscheinung getreten sind oder wegen  
15 rechtsradikaler Delikte verurteilt wurden. Dabei sind es die Straftäter selber, die nach einem  
16 Hinweis auf das Projekt aktiv um Hilfe bitten müssen.

### 17 **Sozialpädagogen statt Polizeibeamten**

18 Ein weiterer Unterschied zu anderen Konzepten ist der Einsatz von Sozialpädagogen, die speziell  
19 geschult den Ausstieg betreuen. Dies schafft eine andere Vertrauensbasis und hat auch einen  
20 anderen Umgang zur Folge. Beamte vom Verfassungsschutz oder Polizeibeamte gelten in der  
21 Szene als Feindbilder und gehen mit anderen Akzenten vor. Dabei geht es vor allem um die  
22 Abkehr von der Straffälligkeit, nicht aber um den sozialen Hintergrund und das Loslösen von  
23 Freunden und Ideologie. Dies kann nur von Sozialpädagogen geleistet werden, da diese sich  
24 theoretisch fundiert und pädagogisch mit den Lebenswegen der Klienten und der festgesetzten  
25 Ideologie auseinandersetzen können.

### 26 **Ideelle statt finanzielle Unterstützung**

27 Um einen wirklichen Ausstieg zu erreichen, darf nicht mit finanziellen Anreizen gearbeitet  
28 werden. Minimale Unterstützung bei der Entfernung von Tattoos oder Umzügen ist notwendig,  
29 nicht aber die Zahlung des Lebensunterhaltes. Dies würde zu falschen Motiven beim Ausstieg  
30 führen und kann den Erfolg gefährden.

1 **Lange Betreuungsdauer sichert Erfolg**

2 Die Betreuungsdauer geht in Niedersachsen von 4 bis 42 Monate. Dabei ist die Dauer der  
3 Betreuung nicht an die Haftzeit gebunden. Die Offenheit der zeitlichen Spanne ist wichtig, da  
4 sich so individuell auf die Klienten eingestellt werden kann. Manchmal bedarf es eines Jahres,  
5 bis ein Vertrauensverhältnis aufgebaut ist, auf dessen Grundlage ein Ausstieg erst möglich ist.  
6 Deshalb sollte auf eine zeitliche Beschränkung von Anfang an verzichtet werden.

7 Die SPD wird als Partei und als Fraktion in der Bürgerschaft aufgefordert, die Einrichtung eines  
8 Aussteigerprogramms nach niedersächsischem Vorbild voranzutreiben.

## 1 Politische Mitsprache von Kindern und Jugendlichen stärken!

2 Die Bedürfnisse, Wünsche, Vorstellungen und Forderungen von Kindern und Jugendlichen  
3 müssen gehört, gestärkt und angemessen beachtet werden. Kinder und Jugendliche müssen  
4 aktiv in die Politik eingebunden werden und die Möglichkeit bekommen, Politik auch aktiv  
5 mitgestalten zu können.

6 Eigene Anliegen in der Politik zu Gehör zu bringen und dann auch noch durchzusetzen ist  
7 schwierig. Für Kinder ist es nahezu unmöglich! Sicher meinen die meisten Politikerinnen und  
8 Politiker das Wohl der Kinder im Auge zu haben. Aber darum geht es nicht. Kinder und  
9 Jugendliche müssen auch die Möglichkeit haben selbst mitzuwirken.

10 Deshalb fordern wir:

### 11 1. Jugendräte

12 In einem bezirklichen Jugendrat oder auch Jugendräten auf der Ebene der Stadtteile sollen  
13 Kinder und Jugendliche ihre Anliegen aktiv in die Politik einbringen können. Die Jugendräte  
14 müssen mit einem echten Mitspracherecht ausgestattet werden. Sie sollten ein Rederecht in  
15 der Bezirksversammlung haben, wie es ihnen in anderen Bundesländern den Jugendräten auf  
16 kommunaler Ebene (z.B. in Baden-Württemberg) zusteht.

17 Mit einem eigenen Budget der Jugendräte können Projekte für Kinder und Jugendliche direkt  
18 durch diese selbst gefördert werden.

19 Die Jugendräte könnten aus direkten Wahlen hervorgehen oder über die örtlichen  
20 Jugendinstitutionen gewählt werden.

### 21 2. Kinder- und Jugendbeauftragte

22 Kinder- und Jugendbeauftragte auf Bundes und in Hamburg Landesebene sollen sinnvolle  
23 Schnittstellen zwischen Eltern, Kindern und Jugendlichen, Verwaltung, sozialen Einrichtungen  
24 und Organisationen. Eine Hauptaufgabe muss es sein, regelmäßig Berichte und Gutachten über  
25 die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendlichen nicht nur im sozialen, sondern z.B. auch im  
26 städtebaulichen Bereich (Konzeptentwicklung: Kinderfreundliche Stadt) abzuliefern und  
27 Empfehlungen zur Verbesserung abzugeben. Ein Kinder- und Jugendbeauftragter soll die  
28 Interessen von Kindern- und Jugendlichen in Gesetzgebungs- und Verwaltungsverfahren  
29 vertreten.

30

- 1 3. Senkung des Wahlalters bei den Wahlen zur Bezirksversammlung auf 16 Jahre  
2 Das Mindestalter für die aktive und passive Wahlberechtigung zu den Bezirksversammlungen  
3 soll auf 16 Jahre gesenkt werden.

4 Begründung

5 1. Jugendräte:

6 Nach § 33 des Hamburgischen Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) hat das Bezirksamt bei  
7 Planungen und Vorhaben die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in  
8 angemessener Weise zu beteiligen. Es ist nicht ersichtlich, dass dies auch in ausreichender  
9 Weise geschieht. Es fehlt an einer institutionalisierten, einrichtungsübergreifenden  
10 Beteiligungsform mit tatsächlichen Befugnissen. Dem Erfordernis des § 33 BezVG könnte aber  
11 durch einen Jugendrat oder mehrere Jugendräte z.B. auf Stadtteilebene mit einem eigenen  
12 Antragsrecht bzw. durch eine Anhörung des Jugendrates zu den für Kinder- und Jugendliche  
13 relevanten Themen, genüge getan werden.

14 Ein Jugendrat stellt zudem eine Beteiligungsform für Kinder und Jugendliche dar, die zeitgemäß  
15 der abnehmenden Politisierung von Jugendlichen entgegenwirkt, indem sie diese direkt in die  
16 betreffenden Entscheidungen einbindet und somit transparent werden lässt, wie politische  
17 Prozesse und politische Willensbildung funktionieren und wie Entscheidungen unmittelbar in  
18 ihren Lebensbereich hineinwirken.

19 Durch die einrichtungsübergreifende Ausgestaltung des Jugendrates kann eine sinnvolle  
20 Vernetzung zwischen Schulen, Sportvereinen, Jugendeinrichtungen und z.B. der Jugendhilfe im  
21 Stadtteil/Bezirk stattfinden. Wirtschaftlich bietet das Merkmal der Unabhängigkeit des  
22 Jugendrates Vorteile. Es können Patenschaften und Kontakte zu Stiftungen entstehen.

23 Jugendparlamente haben bereits in Hamburg Horn sowie in anderen Bundesländern (z.B.  
24 Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen) erfolgreich ihre Arbeit aufgenommen und stellen  
25 somit eine qualitativ hochwertige Beteiligungsform von Kindern- und Jugendlichen sicher.

26 2. Kinder- und Jugendbeauftragte:

27 Kinderbeauftragte existieren bereits auf kommunaler Ebene (Stuttgart, München, Salzgitter,  
28 Kreis Stormarn) Sie sind dort meist direkt den Hauptverwaltungsbeamten unterstellt. Der  
29 Europarat empfiehlt die Einführung einer Kinder- und Jugendbeauftragtenstelle auch für die  
30 Bundesebene (Empfehlung 1286 vom 14. Januar 1996). Dies mit gutem Grund. So stellen Kinder-  
31 und Jugendbeauftragte ein direktes Sprachrohr für die Belange von Kindern und Eltern dar. Sie  
32 können unmittelbar in den entsprechenden Gremien für die Interessen der Kinder- und  
33 Jugendlichen sprechen. Es würde somit eine „Beauftragten-Lücke“ geschlossen. Es existieren

1 bereits für Gruppen oder für Rechtsgüter, welche selbst nicht in der Lage sind ihre Belange  
2 angemessen und wirkungsvoll zu kommunizieren, Beauftragte, welche diese Aufgabe  
3 wahrnehmen (z.B. Drogenbeauftragte, Datenschutzbeauftragte). Kinder und Jugendliche  
4 gehören zu einer gesellschaftlichen Gruppe bei der es durchaus gerechtfertigt wäre, wenn  
5 Beauftragte dafür Sorge zu tragen haben, dass die Beachtung und Einbeziehung von Kinder- und  
6 Jugendrechten nicht untergeht. Kinder- und Jugendliche haben sonst nicht die Möglichkeit sich  
7 über eine entsprechende Lobby verständlich zu machen.

8 Die Geltendmachung von Kinder- und Jugendrechten sollte durch Kinder- und  
9 Jugendbeauftragte aus dem Bereich der normalen Verwaltung teilweise herausgelöst und auch  
10 stärker außerhalb der Verwaltung thematisiert werden.

11 Durch regelmäßige Berichte der Beauftragten kann eine größtmögliche Transparenz geschaffen  
12 werden. Kinder- und Jugendbeauftragte können auf bestehende Missstände aufmerksam  
13 machen, die – wie die nahe Vergangenheit gezeigt hat (u.a. Vernachlässigungsfälle) – durchaus  
14 vorliegen. Durch Kinder- und Jugendbeauftragte würden ein weiterer Ansprechpartner für  
15 Betroffene, natürlich in engem Dialog mit den Jugendämtern, zur Verfügung stehen. Es  
16 entsteht eine sinnvolle Vernetzung zwischen kinder- und jugendbezogenen Einrichtungen.

### 17 3. Senkung des Wahlalters auf 16:

18 Die Senkung des Wahlalters sorgt dafür, dass Jugendliche in die Kommunalpolitik stärker  
19 eingebunden werden. Die Entscheidungen, die auf der kommunalen Ebene getroffen werden,  
20 wirken sich zumeist direkt auch auf Jugendliche aus, also sollte diesen auch die Möglichkeit  
21 gegeben werden, direkt durch Wahlen auf dieser Ebene Einfluss zu nehmen. Das Argument der  
22 fehlenden Reife von Jugendlichen im Alter von 16 Jahren erscheint unter dem Aspekt  
23 unplausibel, dass Jugendliche zumindest auf der kommunalen Ebene zweifellos in der Lage sind  
24 Zusammenhänge zu durchschauen. Dafür spricht besonders, dass es in anderen Bundesländern  
25 bereits möglich ist mit 16 Jahren an Kommunalwahlen teilzunehmen. Mit einer Absenkung des  
26 Wahlalters haben Jugendliche außerdem die Möglichkeit sich an die politische,  
27 parlamentarische Willensbildung zu gewöhnen und dabei aktiv Demokratie zu üben.

## 1 Integrationsförderne Regionale Zeitungen in fremder Sprache

2 Seit dem 5. März 2008 erscheint mit der Rheinskaja Gazeta (Rheinische Zeitung) die erste  
3 russischsprachige Tageszeitung Deutschlands. Das Blatt wendet sich vor allem an die rund  
4 750.000 russischen Muttersprachler in NRW. Dieses Projekt zeigt, dass es möglich ist, eine  
5 Zeitung in Deutschland in fremder Sprache herauszugeben.

6 Eine integrationsfördernde Zeitung ist dabei nicht als Ersatzmedium zu verstehen. Es sollte  
7 schlicht eine regionale Zeitung in einer anderen Sprache sein. Regional deshalb, weil in jedem  
8 Bundesland andere Menschen aus anderen Ländern leben. So kann besser abgestimmt werden  
9 in welcher Sprache und mit welchem inhaltlichen Schwerpunkt solch eine Zeitung erscheinen  
10 sollte.

11 Für derartige Zeitungen gibt es einen zentralen Grund: die Muttersprache. Jede Sprache hat ihre  
12 Besonderheiten, die man nur als Muttersprachler richtig versteht. So ist z.B. eine  
13 russischsprachige Zeitung für die Leserschaft einfacher und lebendiger zu lesen als eine  
14 deutschsprachige. Zudem lassen sich komplexe Themen wie zum Beispiel die Schulreform in der  
15 Muttersprache einfacher und ausführlicher erklären. Des Weiteren wäre es möglich,  
16 Nachrichten aus dem jeweiligen Herkunftsland zu drucken. Im Regionalteil kann man vermehrt  
17 über russisch sprechende Menschen berichten: wie sie leben, wie sie am Arbeitsplatz zurecht  
18 kommen und wie ihre Freizeitgestaltung aussieht. All dies gibt den Menschen einen tieferen  
19 Einblick darin, wie sich andere MigrantInnen in zu helfen wissen und ein weitreichenderes  
20 Verständnis für die Kultur und die Verhältnisse in Deutschland. Es entsteht das Gefühl, nicht  
21 allein mit seinen Sorgen und Nöten zu sein.

22 Wenn ein Mensch das Land und die Leute besser versteht und weiß, was gestern war und was  
23 morgen sein könnte, kann solch eine Zeitung zur Integration beitragen.

24 Die Jusos Hamburg befürworten solche Projekte und fordern die SPD Hamburg dazu auf zu  
25 prüfen, inwieweit ein solches Projekt auch in Hamburg realisierbar wäre.

## 1 Öffentlich-Rechtliches im Netz erhalten!

2 Die Jusos treten dafür ein, dass das Duale System medienpolitisch erhalten bleibt und dabei  
3 ebenfalls eine Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ermöglicht wird.  
4 Konkret fordern die Jusos deswegen, dass auf Einschränkungen der Angebote der öffentlich-  
5 rechtlichen Rundfunkanstalten im Internet verzichtet wird. Ziel dieses Antrags ist es, den Status  
6 quo des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet zu halten und weder die Präambel des  
7 Rundfunkstaatsvertrages, noch die Paragraphen 11 und 12 des Rundfunkstaatsvertrages über die  
8 Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der von der Ministerpräsidentenrunde  
9 vorgeschlagenen Form zu ändern.

10 Im Folgenden wird der Status des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1), die geplanten  
11 Änderungen (2), unsere jeweilige Ablehnungsgründe (3) und unsere Erwartungen an die SPD (4)  
12 dargestellt.

### 13 1. Grundlagen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

14 Art. 5 Abs. 1 GG besagt: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu  
15 äußern, zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu  
16 unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film  
17 werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

18 Die Rundfunkfreiheit des Art. 5 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz GG, der auch für die öffentlich-  
19 rechtlichen Sender einschlägig ist, fordert von dem Gesetzgeber die Einführung einer positiven  
20 Ordnung, also eines Gesetzes, da der Rundfunk – anders als die Presse – nicht von sich aus eine  
21 gleichwertige Vielfalt gewährleisten kann.

22 Die Sondersituation des Rundfunks – im Gegensatz zur Presse – basiert insbesondere auf der  
23 Tendenz zur Oligopolisierung, die zur Gefahr für die Meinungsfreiheit werden kann und der  
24 Faszinationskraft des Rundfunks, die sich aus der Breitenwirkung (Reichweite und  
25 Zeitgleichheit), Aktualität (Teilhabe in Echtzeit) und Suggestivkraft (Authentizität) des  
26 Rundfunks zusammensetzt. Das marktwirtschaftliche System sorgt nicht für  
27 Meinungspluralität. Bei der Forderung des Erhalts der Angebote des öffentlich-rechtlichen  
28 Rundfunks geht es nicht nur darum, publizistische Qualität zu sichern und damit die  
29 Unterhaltungsindustrie zu verdammen, sondern um die Sicherung einer Vielfalt, die der private  
30 Rundfunk nicht leisten kann. Die positive Ordnung soll also sicherstellen, dass die

1 Meinungsvielfalt (Pluralismusgebot) gewährleistet und der Rundfunk nicht dem Staat  
2 (Staatsfreiheit) ausgeliefert wird.

3 Auch in Zeiten der Medienkonvergenz hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine  
4 Berechtigung nicht verloren. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (1.  
5 Rundfunkentscheidung, 1971) erfüllen die Rundfunkanstalten eine öffentlich-rechtliche Aufgabe  
6 und damit eine „integrierende Funktion für das Staatsganze“. Rundfunk ist Sache der  
7 Allgemeinheit und muss in vollem Umfang unabhängig überparteilich betrieben und von jeder  
8 Beeinflussung freigehalten werden. Nach dem 6. Rundfunkurteil ermächtigt die  
9 Rundfunkfreiheit zudem ihren Träger (also die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten) nicht  
10 zu beliebigem Gebrauch. Als dienende Freiheit wird sie nicht primär im Interesse der  
11 Rundfunkveranstalter, sondern im Interesse freier individueller und öffentlicher  
12 Meinungsbildung gewährleistet. Sie dient allen Rezipienten, denen durch die öffentlich-  
13 rechtlichen Sender die Möglichkeit gegeben wird, sich parteiunabhängig und frei von  
14 Beeinflussungen eine Meinung zu bilden.

15 Dies wird auch von dem Bundesverfassungsgericht in seiner 4. Rundfunkentscheidung (1986)  
16 bestätigt, das die Grundversorgung als die zentrale Aufgabe der öffentlich-rechtlichen  
17 Rundfunkanstalten bezeichnet. Elemente der Grundversorgung sind nicht nur die  
18 Gewährleistung von Vollprogrammen, sondern auch die Entwicklungsgarantie für neue  
19 Varianten, beispielsweise für Spartenprogramme und Online-Dienste.

20 Neben dem Grundgesetz ist der Rundfunkstaatsvertrag, der durch die Länder als originäre  
21 Hoheitsträger geschlossen wird, die entscheidende gesetzliche Grundlage. Der  
22 Rundfunkstaatsvertrag wurde 1987 als eine Art Grundgesetz für die duale Rundfunkordnung  
23 geschaffen, um auch private Sender zulassen zu können.

24 In Deutschland existieren somit öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk nebeneinander.  
25 Die Zulässigkeit des privaten Rundfunks steht unter weniger hohen Vielfaltsanforderungen an  
26 das Programm (Grundstandard gleichwertiger Vielfalt), wenn die Grundversorgung durch  
27 öffentlich-rechtliche Sender gewährleistet wird.

28 In der Präambel des Rundfunkstaatsvertrages ist benannt, dass der Staatsvertrag die  
29 grundlegende Regelungen für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk in einem  
30 dualen Rundfunksystem der Länder des vereinten Deutschlands enthält. Öffentlich-rechtlicher  
31 Rundfunk sowie privater Rundfunk sind der freien individuellen und öffentlichen  
32 Meinungsbildung sowie der Meinungsvielfalt verpflichtet. Beide Rundfunksysteme müssen in  
33 der Lage sein, den Anforderungen des nationalen und des internationalen Wettbewerbs zu

1 entsprechen. Seine finanziellen Grundlagen einschließlich des dazugehörigen Finanzausgleichs  
2 sind zu erhalten und zu sichern.

3 In den Vorschriften für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in § 11 Absatz 2 RfStV ist angegeben,  
4 dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seinen Angeboten und Programmen einen  
5 umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale  
6 Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben hat. Sein Programm muss der  
7 Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung dienen. Weiterhin besagt § 11 Absatz 3 RfStV,  
8 dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei Erfüllung seines Auftrags die Grundsätze der  
9 Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die  
10 Ausgewogenheit der Angebote und Programme zu berücksichtigen hat. Ebenfalls wird  
11 festgeschrieben, dass für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Bestand und Entwicklung zu  
12 gewährleisten sind. Dazu gehören die Teilhabe an allen neuen technischen Möglichkeiten in der  
13 Herstellung und zur Verbreitung sowie die Möglichkeit der Veranstaltung neuer Formen von  
14 Rundfunk.

## 15 2. Aktuell geplante Änderungen

16 Durch den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag sollen neue Regeln für die Internet-Auftritte der  
17 öffentlich-rechtlichen Sender geschaffen werden. Im Oktober soll dieser bei dem Treffen der  
18 Ministerpräsidenten in Dresden unterzeichnet werden, so dass er im Mai 2009 in Kraft treten  
19 kann. Die Ministerpräsidentenrunde hat bisher ein Arbeitspapier unterzeichnet, das die  
20 geplanten Änderungen des derzeitigen Rundfunkstaatsvertrages benennt.

21 Geregelt werden soll zum einen, wie die Öffentlich-Rechtlichen mit Online-Videos  
22 (beispielsweise der Übertragung von Olympia und der Bundesliga) umgehen dürfen. Nach dem  
23 Entwurf der Rundfunkkommission sollen größere Sportereignisse nur noch 24 Stunden im Netz  
24 bereitgestellt werden. Alle anderen Angebote dürfen nur sieben Tage im Archiv abrufbar sein  
25 und müssen dann entfernt werden.

26 Zum anderen wird ein umfangreicher Negativkatalog aufgestellt, der festschreibt, welche  
27 Angebote die Öffentlich-Rechtlichen im Internet nicht anbieten dürfen (Kontaktbörsen,  
28 Beratungsangebote oder Freizeittipps).

29 Aus unserer Sicht zentral sind die geplanten Einschränkungen bei Internetauftritten, die nur  
30 eine „sendungsbezogene“ Berichterstattung im Internet erlauben, so dass die Internetangebote  
31 vollständig an die Angebote im Rundfunk gekoppelt werden. Themen der Tagesschau können

1 dann eins zu eins in das Internet übernommen werden, jedoch ist jede Information, die nicht im  
2 Rundfunk verbreitet worden ist, für das Internet nicht sendbar. In diesem Zusammenhang wird  
3 des Weiteren gefordert, dass auf „presseähnliche“ Angebote verzichtet wird. Demnach dürfen  
4 die online Angebote nicht journalistisch aufgearbeitet werden, damit die öffentlich-rechtlichen  
5 Sender die elektronische Presse nicht substituieren. Eine genaue Definition des  
6 „presseähnlichen Angebots“ liegt allerdings nicht vor. Nach einer funktionalen Betrachtung  
7 wären nicht nur die elektronischen Versionen eines Printmediums gemeint, sondern alle  
8 journalistisch-redaktionell gestalteten Angebote, die nach Gestalt und Inhalt Zeitungen und  
9 Zeitschriften entsprechen.

10 Geändert werden sollen auch die Unterhaltungsangebote im Internet, da sie mit den Angeboten  
11 der privaten Betreiber kollidieren und diesen vorbehalten bleiben sollen.

12 Ein Punkt des Änderungsvertrags erscheint sinnvoll und unterstützenswert: Die Deckelung von  
13 0,75% des Budgets soll aufgehoben werden. Im Jahr 2007 fielen nach Angaben der  
14 Gebühreneinzugszentrale rund 7,2 Mrd. Euro Rundfunkgebühren an, welche frei von  
15 Marktmechanismen sind. Damit haben die Öffentlich-Rechtlichen rund 54 Mio. Euro für ihre  
16 Internetpräsenz zur Verfügung. Durch die neue Regelung wäre es ihnen gestattet, innerhalb des  
17 erlaubten Rahmens, ihre Ausgaben für den Internetbereich selbst zu bestimmen. Das bezieht  
18 sich auf den bisher vorhandenen Etat und nicht auf zusätzliche Mittel. So besteht die Chance,  
19 dass die Öffentlich-Rechtlichen mehr Inhalte veröffentlichen können.

### 20 3. Gründe für die Ablehnung der geplanten Änderungen

21 Das öffentlich-rechtliche Angebot im Internet ist eine Reaktion auf die Entwicklung des  
22 Internets als neues Leitmedium. Kein Medienprodukt kann es sich mehr leisten, nicht online  
23 vertreten zu sein und hier einen weiteren Markt für sich zu erschließen. In manchen  
24 Verlagshäusern wird das Internetangebot massiv ausgebaut, um diesen Markt als  
25 Haupteinnahmequelle zu erschließen. Die Spiegel Gruppe ist mit „Spiegel Online“ ein gutes  
26 Beispiel dafür. Die Verleger befürchten, dass die Öffentlich-Rechtlichen durch die  
27 Rundfunkgebühren zu einer bedrohlichen Konkurrenz im Internet werden. Vom Verband der  
28 privaten Rundfunkanbieter fiel das Schlagwort der „gebührenfinanzierten Marktverdrängung“.  
29 Die Verleger treiben rein ökonomische Gesichtspunkte, die sie versuchen mit der Forderung der  
30 Nichtlegitimation der Rundfunkgebühr zu untermauern. Nach der 8. Rundfunkentscheidung des  
31 Bundesverfassungsgerichtes bezüglich der Gebühren (1994), ist die Rundfunkgebühr jedoch  
32 keine finanzielle Gegenleistung, sondern finanzieller Beitrag für die Gesamtveranstaltung  
33 „Rundfunk“ im dualen System, insbesondere keine Beihilfe i.S.d. Art. 87, 88 EG. Und die  
34 Vorschriften hinsichtlich der funktionsgerechten Finanzausstattung des § 12 Absatz 1 RfStV

1 besagen, dass die Finanzausstattung den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in die Lage zu  
2 versetzen hat, seine verfassungsmäßigen und gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen - insbesondere  
3 den Bestand und die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, was auch die  
4 Erschließung neuer Medien mit einschließt.

5 Im Einzelnen betrachtet, führen die geplanten Änderungen dazu, dass Reden oder Ereignisse, die  
6 Geschichte geschrieben haben, nicht mehr im Internet zu erhalten sind - auch dann nicht, wenn  
7 sie in einer Sendung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stattgefunden haben (vgl. Panorama).  
8 Dies ist nicht hinzunehmen und entzieht den Öffentlich-Rechtlichen die Möglichkeit, ihren  
9 Grundversorgungsauftrag wahrzunehmen, indem nur tagesaktuell berichtet werden darf, aber  
10 Archiv- oder gar geschichtliches Material nicht mehr eingesehen werden kann.

11 Eine Beschränkung der Öffentlich-Rechtlichen im sehr vage gehaltenen Bereich „presseähnlicher  
12 Angebote“ wird zur Folge haben, dass viele Angebote der Öffentlich-Rechtlichen unter den  
13 Begriff fallen und nach Meinung der Ministerpräsidenten verboten werden müssen. Bei dem  
14 durch diese Regelung entstehenden Konflikt geht es nicht mehr um die klassischen  
15 Streitigkeiten zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunkanstalten,  
16 stattdessen kommt es zu einem neuen Konflikt, namentlich mit den Zeitungsverlegern, welche  
17 befürchten, dass sie aufgrund des Angebotes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weniger  
18 Werbeeinnahmen erzielen bzw. ohne diesen mehr Werbeeinnahmen erzielen würden.

19 Außerdem zeigt die Festschreibung, Unterhaltungsangebote auf die Privaten zu beschränken,  
20 deutlich, dass die Ministerpräsidentenrunde nicht zu wissen scheint, welche Bedeutung und  
21 welchen Inhalt der Grundversorgungsauftrag hat. Die Unterhaltung ist nicht aus dem  
22 Meinungsbildungsprozess auszuschließen und als niedrige Informationsform zu diskreditieren.  
23 Unterhaltung ist ebenso wie Dokumentationssendungen unter die Meinungsfreiheit zu fassen  
24 und kann zu Meinungsbildung führen. Meinungen können nicht auf- oder abqualifiziert und  
25 dann an die privaten oder öffentlich-rechtlichen Sender aufgeteilt werden. Der Auftrag der  
26 Öffentlich-Rechtlichen umfasst jede Art der meinungsbildenden Themen, eben auch die  
27 Unterhaltung.

#### 28 4. Forderungen an die SPD

29 Wir fordern, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk als ein Sendungs- und  
30 Informationsmedium im Internet anerkannt wird und die bestehenden Angebote erhalten  
31 bleiben. Wir sind der Auffassung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Sinne seines  
32 gesetzlichen Grundauftrages geradezu verpflichtet ist, Online-Angebote zur Verfügung zu  
33 stellen, da das Internet in der Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
34 ebenso enthalten ist wie beispielsweise das Satellitenfernsehen. Sollten die Öffentlich-

1   Rechtlichen vom Internet abgeschnitten werden, wird sich das auch auf den Rundfunk  
2   auswirken, so dass die Akzeptanz der Öffentlich-Rechtlichen verloren geht und damit der  
3   Grundversorgungsauftrag nicht gewährleistet werden kann. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk  
4   darf nicht von der Medienentwicklung und der Konvergenz der Medien und den  
5   Nutzungsänderungen der Rezipienten, abgekoppelt werden.

6   Die Jusos und somit auch die SPD, vor allem die amtierenden Ministerpräsidenten sollen sich  
7   massiv dafür einsetzen, diese Änderungen zu verhindern und das Duale System auch in Zukunft  
8   zu erhalten. Es geht um eine Sicherung von Meinungspluralismus und Qualität. Die für viele  
9   Verlage nicht zu leistenden Kosten für einen hochwertigen Auftritt im Internet lässt genau wie  
10  beim Rundfunk eine Tendenz zur Oligopolisierung erkennen. Dieser muss mit der äquivalenten  
11  Begründung entgegengetreten werden, wie es bei der damaligen neuen Entwicklung privater  
12  Rundfunkanstalten getan wurde.

13  Zu guter Letzt geht es neben rechtlicher Bestimmung immer um die Legitimation des öffentlich-  
14  rechtlichen Rundfunks und die anfallenden Gebühren. Im Gegensatz zu der  
15  Ministerpräsidentenrunde kommen wir zu dem Schluss, dass gerade eine Notwendige  
16  Rechtfertigung der Gebühren für die Existenz der Öffentlich-Rechtlichen im Internet sprechen.  
17  Die Gebührenzahlerinnen und –zahler wollen sich nicht nur auf das althergebrachte Medium  
18  Rundfunk verlassen, sondern die Inhalte, für die sie bezahlen, orts- und zeitunabhängig abrufen  
19  können. Somit wird durch eine uneingeschränkte und qualitativ hochwertige Internetpräsenz  
20  Legitimation erzeugt und nicht in Frage gestellt. Die Verlegerinteressen dürfen nicht über die  
21  Interessen des Gebührenzahlers gestellt werden, womit jegliche Einschränkungen abzulehnen  
22  sind.

## 1 Hamburg muss Filmstadt bleiben

2 Seit Jahrzehnten erfreut sich Hamburg in der nationalen und internationalen Filmszene großer  
3 Beliebtheit. Der weltoffene Charakter der Hansestadt mit ihren vielfältigen und kreativen  
4 Schauplätzen brachte es mit sich, dass renommierte Filmschaffende sich in vergangenen Jahren  
5 dieser Kulisse gern bedienten. Ob 007-Kassenschlager oder preisgekrönte Milieustudien- die  
6 Resultate konnten sich sowohl aus künstlerischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht meist  
7 sehen lassen. Leider jedoch sind - mit Ausnahme der herausragenden Werke Fatih Akins- in den  
8 letzten Jahren auffallend wenige Kinofilme entstanden, welche Hamburger Locations nicht nur  
9 am Rande beinhalten. Dies ist bedauerlich, wird doch das Potential der Elbmetropole nicht zur  
10 Genüge ausgeschöpft. Die Fusion der Filmförderung Hamburg und der Kulturellen  
11 Filmförderung Schleswig Holstein zur Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein GmbH  
12 (FFHSH) im Juli des vergangenen Jahres hat wenig an der desolaten Situation ändern können. 8,3  
13 Millionen Euro jährlich stehen der FFHSH für Projekte zur Verfügung. NDR und ZDF beteiligen  
14 sich u.a. mit einem Betrag von 750.000 Euro. Gerade einmal 5,5 Millionen Euro ist dem Schwarz-  
15 Grünen Senat die Filmförderung wert. Vor dem Machtwechsel im September 2001 wurde alleine  
16 die Hamburger Filmlandschaft von SPD-geführten Regierungen jährlich mit acht Millionen Euro  
17 unterstützt. Das offensichtliche Desinteresse der Beust-Regierung in dieser Hinsicht wird  
18 deutlich im Vergleich mit Investitionen anderer Bundesländer. So stellt Nordrhein-Westfalen  
19 der NRW-Filmstiftung 34,5 Millionen jährlich zur Verfügung, der Freistaat Bayern unterstützt  
20 die Filmbranche immerhin mit 23,3 Millionen. Brandenburg und selbst das aus finanzieller Sicht  
21 seit vielen Jahren notorisch klamme Berlin beteiligen sich gemeinsam mit 26 Millionen an der  
22 Filmförderung. Die sogenannte „Medieninitiative“ des Bürgermeisters in 2007 ist weiter nichts  
23 als heiße Luft. Vier Millionen Euro mehr würde es an Mitteln in drei Jahren für die Filmförderung  
24 geben, könnte dieser im Dezember. Außerdem solle der Posten eines Medienbeauftragten in der  
25 Senatskanzlei geschaffen werden. Davon ist bis heute nichts zu sehen. Der GAL-Medienpolitiker  
26 Farid Müller schlug vor, im Oktober vergangenen Jahres, den Etat für die Filmförderung um 15  
27 Millionen Euro aufzustocken. Diese Summe solle dem Wirtschaftsetat entnommen werden.  
28 Wir Jusos Hamburg begrüßen diese Idee und schließen uns dieser Forderung an. Auf diesem  
29 Wege möchten wir auch die GAL und insbesondere Herrn Müller an ihre Aussagen erinnern und  
30 darauf drängen, sich- nun als Regierungspartei- der Problematik anzunehmen. Ebenfalls fordern  
31 wir den Senat und die FFHSH dazu auf, verstärkt Projekte zu unterstützen, welche Hamburg als  
32 Filmkulisse nicht nur am Rande nutzen.

33 Die Jusos Hamburg fordern daher die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf, diese Forderungen in  
34 Form eines Antrages in der Hamburgischen Bürgerschaft einzubringen.

## 1 Nachdenken über die Regelungen zur Organspende

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

### 4 I. Einleitung

5 Im Falle eines Unfalls oder einer schweren Erkrankung, zu deren Heilung das Transplantieren  
6 einer Spenderorgans notwendig ist, würden die wenigsten Menschen auf diese Chance  
7 verzichten. Die Transplantationsmedizin ist heutzutage ein medizinischer Standard. Wird ein  
8 passendes Spenderorgan gefunden, sind die Chancen auf Heilung gut. EmpfängerInnen können  
9 teilweise über Jahrzehnte mit ihrem neuen Organ weiterleben. Organspende rettet Leben.

10 Zwar ist in den vergangenen Jahren die Bereitschaft zur Organspende gestiegen und auch die  
11 Akzeptanz und das Vertrauen in die zuständigen Institutionen ist laut statistischer Erhebungen  
12 (veröffentlicht durch die Deutsche Stiftung Organtransplantation) gewachsen, dennoch bleibt  
13 der traurige Umstand bestehen, dass die Bereitschaft zur Organspende weiterhin zu gering ist.

14 Im Jahr 2007 sind nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) 1.313  
15 Transplantationen realisiert worden. Im selben Jahr warteten bundesweit rund 12.000  
16 Patientinnen und Patienten auf ein lebensrettendes Spenderorgan. Lediglich ein Drittel dieser  
17 Menschen wird nach Prognosen rechtzeitig die Chance erhalten, durch die Transplantation eines  
18 Spenderorgans ihre Krankheit zu überleben. Im bundesweiten Durchschnitt haben 16 Menschen  
19 pro 1 Million Einwohner Organe postmortal gespendet. Nach Angaben der Deutschen Stiftung  
20 Organtransplantation (DSO) ist das der höchste in der Bundesrepublik seit Beginn der  
21 Transplantationsmedizin in den sechziger Jahren erreichte Wert.

22 Der gemessene Anstieg ist grundsätzlich positiv und wird vielen Menschen erlauben, nach einer  
23 erfolgreichen Transplantation weiter zu leben. Letztendlich muss jedoch der Gegensatz  
24 zwischen tatsächlich realisierten Transplantationen und dem dies übersteigenden Bedarf Anlass  
25 zur Sorge bieten. Das Thema Organspende muss Bestandteil der öffentlichen Diskussion und der  
26 innerhalb der Partei sein.

### 27 II. Organspende in Deutschland

28 Das 1997 nach einer breiten gesellschaftlichen Debatte beschlossene Transplantationsgesetz  
29 (TPG) regelt die Verfahren und den institutionellen Rahmen der Organspende in Deutschland.

1 Die Regelungen sind bundesweit einheitlich. Die Ebenen der Organspende, Organvermittlung  
2 und schließlich der Transplantation sind institutionell voneinander getrennt. Umfangreiche und  
3 strenge Datenschutzregelungen begleiten dieses Verfahren.

4 Laut dem Jahresbericht „Organspende und Transplantation in Deutschland 2007“ gab es im  
5 letzten Jahr 1.963 durch die behandelnden Krankenhäuser gemeldete potentielle Spenderinnen  
6 und Spender. Wie Eingangs angeführt, wurden jedoch nur 1.313 Transplantationen tatsächlich  
7 realisiert, was einer Quote von 67 Prozent entspricht. In den meisten Fällen der Nichtrealisierung  
8 war die Ablehnung der Entnahme von Organen durch Angehörige des potentiellen Spenders  
9 verantwortlich.

10 In Deutschland gilt nach dem TPG die sogenannte erweiterte Zustimmungslösung. Die  
11 schriftliche, in Form des Organspendeausweises oder einer anderen Erklärung, oder mündliche  
12 Zustimmung zur Organspende gilt als Entscheidungsform. Im Jahr 2007 haben jedoch nur rund  
13 25 Prozent der tatsächlichen Organspenderinnen und -spender ihre Bereitschaft schriftlich oder  
14 mündlich erklärt. Im Rahmen der erweiterten Zustimmungslösung entscheiden bei Nicht-  
15 Vorliegen einer Erklärung die Angehörigen in einer ohnehin schwierigen Trauersituation über  
16 eine Entnahme von Organen. Nur wenige Spenderinnen und Spender haben ihren Willen durch  
17 einen Organspendeausweis erklärt.

18 Laut DSO ist bundesweit die Einstellung zur Organspende mehrheitlich positiv. In  
19 repräsentativen Umfragen wurden Zustimmungsraten in der Allgemeinbevölkerung von über  
20 70 Prozent ermittelt. Jedoch lediglich 12 Prozent der Befragten gaben an, einen  
21 Organspendeausweis bei sich zu führen. Weniger als 50 Prozent gingen davon aus, dass ihre  
22 Familie über ihre Einstellung zur Spende Bescheid weiß.

23 Feststellbar ist somit, dass eine überwiegend positive Einstellung zur Organspende vorhanden  
24 ist, aber leider immer noch ein zu kleiner Teil der Menschen tatsächlich, beispielsweise durch  
25 einen Organspendeausweis, dokumentieren, dass sie als Spenderinnen und Spender zur  
26 Verfügung stehen. Und das, obwohl eine solche Erklärung davon ausgehen lässt, dass sich die  
27 betreffende Person mit dem Thema Organspende beschäftigt hat und eine bewusste  
28 Entscheidung traf. Auch die Angehörigen werden in einer akuten Situation entlastet.

### 29 III. Konsequenzen

30 12.000 Menschen waren 2007 auf der Warteliste für den Empfang eines Spenderorgans  
31 registriert. Auf Grundlage der Zahlen des selben Jahres ist davon auszugehen, dass lediglich ein  
32 Drittel dieser Patientinnen und Patienten versorgt werden kann. Angesichts dieses

1 alarmierenden Verhältnisses muss auf den erheblichen Gegensatz zwischen der positiven  
2 Einstellung zur Organspende und der realen Bereitschaft zum Ausfüllen eines Spendeausweises  
3 hingewiesen werden.

4 Letztendlich muss es darum gehen, die Lücke zwischen den realisierten Transplantationen und  
5 den potentiell möglichen weitgehend zu schließen.

6 Im Spannungsfeld zwischen rechtlichen, medizinischen, ethischen, religiösen und  
7 psychologischen Aspekten ist das Thema Organspende ein komplexes. Die Entscheidung für  
8 oder gegen eine Spende ist eine individuelle. Auffällig ist aber, dass trotz hohem  
9 Zustimmungswert relativ wenig Menschen beispielsweise einen Organspendeausweis bei sich  
10 führen. Sicherlich sind die Gründe hierfür vielfältig. Zu befürchten ist allerdings, dass viele  
11 Menschen sich nicht mit dem Thema, weil es zwangsläufig auch ein Nachdenken über die  
12 eigene Sterblichkeit erfordert, beschäftigen wollen. Auch scheint bei vielen die Motivation, die  
13 umfangreichen und leicht zugänglichen Materialien zum Thema zu nutzen, gering ausgeprägt  
14 zu sein.

15 Eine Situation, in der zu viele Menschen, die potentiell zur Organspende bereit sind, nicht den  
16 Schritt zur Erklärung dieser Bereitschaft gehen, muss darüber diskutiert werden, was an dieser  
17 seitens der Politik geändert werden kann.

18 Eine Maßnahme wäre beispielsweise das Mittel der verstärkten Aufklärung. Die am  
19 Transplantationsverfahren beteiligten Institutionen, das zuständige Bundesministerium,  
20 Vereine und andere betreiben seit vielen Jahren Aufklärungskampagnen, die vor allem die Zahl  
21 der Organspendeausweisträgerinnen und -träger erhöhen soll. Auf niedrigem Niveau ist das  
22 auch geglückt.

23 Im Hinblick auf den Schulunterricht könnte im Rahmen thematisch passender Unterrichtsfächer  
24 die Aufklärung verstärkt werden. Hier gilt es an die potentiell hohe Zustimmung zur  
25 Organspende unter Jugendlichen anzuknüpfen. Auch im Rahmen des Unterrichts zum Erwerb  
26 der Fahrerlaubnis könnte durch entsprechende Regelungen das Thema Organspende stärker in  
27 den Fokus gerückt werden.

28 Neben aufklärerischen Möglichkeiten muss auch eine Änderung des Zustimmungsverfahrens  
29 diskutiert werden. Vorstellbar wäre es, die elektronische Gesundheitskarte zum  
30 Organspendeausweis zu machen.

1 Vor der Ausgabe der Gesundheitskarte könnte die entsprechende Krankenkasse den bzw. die  
2 Versicherte/n auf die Möglichkeit hinweisen, eine dem Organspendeausweis analoge positive  
3 Erklärung zur Organspende auf der Karte zu implementieren. Das würde zum einen für mehr  
4 Aufklärung zum Thema sorgen und zum anderen das Beisichführen des Organspendeausweises  
5 überflüssig machen.

6 Diskutiert werden muss auch eine Lösung innerhalb dieses Verfahrens, die sich so gestaltet, dass  
7 bei Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte mit entsprechenden Hinweisen zunächst  
8 angenommen wird, dass grundsätzlich Spendebereitschaft bis zu einem Widerspruch besteht.  
9 Dies käme der in anderen europäischen Ländern angewandten sog. Widerspruchslösung sehr  
10 nahe und könnte eine gute Lösung für Deutschland sein.

11 Zudem muss darüber diskutiert werden, ob eine grundsätzliche Änderung des  
12 Zustimmungsverfahrens nicht ohnehin ein angebrachterer Weg zur Problembehandlung wäre.  
13 Viele unserer europäischen Nachbarn wenden die sogenannte Widerspruchslösung an. Diese  
14 beinhaltet, dass jede und jeder so lange Organspenderin und Organspender ist, wie nicht,  
15 beispielsweise durch den Eintrag in ein Widerspruchsregister, erklärt wurde, dass keine  
16 Zustimmung zur Entnahme besteht. In einigen Ländern besteht zudem die Möglichkeit eines  
17 Einspruchsrechtes für Angehörige innerhalb der Widerspruchslösung. Dieses Verfahren ist  
18 bedenkenswert. Die Zahl der realisierten Organspenden könnte erhöht werden. Die  
19 Entscheidung gegen eine Entnahme ist bewusst getroffen und dokumentiert. Wer potentiell  
20 zustimmt, braucht nicht weiter aktiv werden.

21 Die Einführung eines der beiden kurz beschriebenen Systeme mit Widerspruchslösung würde  
22 eine breite gesellschaftliche Diskussion im Vorfeld erfordern. Diese muss aber irgendwo  
23 beginnen.

24 Ein weiteres zu diskutierendes Problem im Zusammenhang mit Organspende entsteht durch die  
25 Patientenverfügung. In den gängigen Verfügungstexten ist der Passus enthalten, dass  
26 lebensverlängernde Maßnahmen nicht stattfinden dürfen. Dies ist im Hinblick auf Organspende  
27 problematisch. Senderorgane können nur in einer sehr spezifischen Situation entnommen  
28 werden. So muss bei potentiellen Spenderinnen und Spendern der Gesamthirntod eingetreten  
29 sein, das Herz-Kreislauf-System muss gleichzeitig künstlich weiterhin aktiv sein. Im Falle einer  
30 Patientenverfügung gegen lebensverlängernde Maßnahmen muss bei Eintreten des Hirntodes  
31 die Herz-Lungen-Maschine abgestellt werden, wodurch es keine Möglichkeit zur  
32 Organentnahme mehr gibt.

1 Letztendlich wäre eine Regelung von Nöten, die es im Rahmen der Patientenverfügung  
2 ermöglicht, nach Eintreten des Hirntodes das Herz-Kreislauf-System so lange künstlich aufrecht  
3 zu erhalten, bis Spenderorgane entnommen werden können. Das ist zweifelsohne eine  
4 schwierige und ethisch problematische Diskussion, die aber geführt werden muss.

5 Im Zusammenhang mit Organspende muss selbstverständlich auch das Thema der  
6 Kommerzialisierung betrachtet werden. Organhandel findet weltweit und selbst in einigen  
7 europäischen Ländern statt. Alle Maßnahmen und Regelungen, die diskutiert werden müssen,  
8 benötigen eine Betrachtung auch im Hinblick auf die Verhinderung eines kommerziellen  
9 Handels. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein, die aber an dieser Stelle der Vollständigkeit  
10 halber unbedingt Erwähnung finden muss.

11 Diskussionsmöglichkeiten und -ansätze gibt es beim Thema Organspende reichlich. Letztendlich  
12 ist bereits das zentrale Anliegen des Antrages bei Befassung, nämlich auf die Problematik rund  
13 um die Organspende hinzuweisen, erfüllt. Aufklärung ist eine wichtige und notwendige  
14 Aufgabe. Darüber hinaus ist die Politik jedoch in der Verantwortung, die gegenwärtige Situation  
15 zu diskutieren und ggf. Vorschläge und Änderungen bis auf die Bundesebene zu tragen.

16 Die Jusos Hamburg fordern daher den Landesparteitag der SPD Hamburg auf zu beschließen,  
17 dass der SPD Landesvorstand Hamburg angehalten ist, ein Forum zur Diskussion des Themas zu  
18 schaffen. Beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der  
19 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG). Die Diskussion  
20 innerhalb der Partei und der Austausch mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen muss  
21 angestoßen werden.

22 Ergebnis der Diskussion innerhalb dieses Forums sollte die Erarbeitung eines Hamburger  
23 Antrages an den Bundesparteitag der SPD sein, der konkrete Vorschläge zur Verbesserung der  
24 Situation beinhaltet, gerade im Hinblick auf eine Änderung des Zustimmungsverfahrens. So wie  
25 die Politik mit dem Transplantationsgesetz einen Rahmen für die heutige Praxis gesetzt hat, so  
26 steht sie auch in der Verantwortung, immer wieder über die Praxis der Organspende in  
27 Deutschland nachzudenken und diese weiter zu diskutieren.

## 1 Konservativ-grüne Bildungspolitik – Gut gemeint ist zu wenig!

2 Seit Beginn der CDU/GAL-Koalition in Hamburg wird deutlich, dass alle Senats-Vorhaben dem  
3 Koalitionsfrieden untergeordnet werden. Dies geschieht gegen jede Vernunft und jede  
4 Sachkenntnis. Die Fragen zum Kraftwerk Moorburg, das Möbelhaus in Eidelstedt, die  
5 Finanzierung der Elbphilharmonie und nicht zuletzt die Schulstrukturreformen werden nur unter  
6 dem Aspekt betrachtet, ob eine gesichtswahrende Lösung für die Koalitionäre möglich ist. Dem  
7 Anspruch, der Stadt zu dienen, kommt solch eine Einstellung nicht nach. Unserem Anspruch, als  
8 größte politische Jugendorganisation für die Jugend in Hamburg einzutreten, wollen wir mit  
9 den folgenden Beschlüssen nachkommen.

10 Die Jusos Hamburg begrüßen die Abschaffung der Hauptschulen. Die gesellschaftliche  
11 Akzeptanz gegenüber der Hauptschule sinkt bereits seit Jahren. Die Hamburger Eltern,  
12 Schülerinnen und Schüler wollen diese Schulform nicht mehr. Im Schuljahr 2005/2006 waren  
13 von insgesamt 182.171 Schülerinnen und Schülern 1576 an einer Hauptschule angemeldet.  
14 Angesichts dieser Zahlen ist die Abschaffung dieser Schulform die richtige Schlussfolgerung. Die  
15 Abschaffung des Hauptschulabschlusses muss in diesem Rahmen diskutiert werden. In diesem  
16 Zuge muss die Schulpflicht auf zehn Jahre erhöht werden. Ziel muss sein, dass so viele  
17 Schülerinnen und Schüler wie möglich den Realschulabschluss bestehen und das kein Kind ohne  
18 Schulabschluss ins Leben entlassen wird. Im Abgangsjahr 2005/2006 sind 12,3% der  
19 Schülerinnen und Schüler ohne einen Hauptschulabschluss abgegangen. 22,9% aus dem  
20 gleichen Jahrgang sind mit einem Hauptschulabschluss entlassen worden. Somit ist etwa ein  
21 Drittel eines Jahrgangs akut gefährdet, in der neuen Schulstruktur fallen gelassen zu werden.  
22 Die neue Schulstruktur muss es schaffen, dass dieses Drittel den Anschluss nicht verliert. Eine  
23 solche Praxis kann und darf sich Hamburg nicht leisten.

24 Die Einführung der Primarschule richtet einen erheblichen Flurschaden an. Entgegen allen  
25 Versprechen im Wahlkampf schaffen CDU und GAL das Elternwahlrecht nach Abschluss der  
26 Grundschule ab. Dieses ist unverzüglich wieder einzuführen. Es ist das Recht aller Eltern mit  
27 ihren Kindern zu entscheiden, welche Schullaufbahn diese einschlagen sollen. Lehrerinnen und  
28 Lehrern darf nur eine beratende Funktion zugewiesen werden.

29 Die so genannten Langformen der Primarschulen verschieben den Zeitpunkt der Entscheidung  
30 zur weiterführenden Schulform bereits vor Eintritt in die Schule, da durch bauliche  
31 Gegebenheiten ein Übergang zur jeweiligen Stadtteilschule bzw. zum jeweiligen Gymnasium

1 wahrscheinlich ist. Ein solcher Anachronismus ist dem unbedingten Koalitionsfrieden von CDU  
2 und GAL geschuldet. Dieses werden Eltern und Kinder ausbaden müssen. Dieses Experiment  
3 muss gestoppt werden. Die Jusos Hamburg fordern daher eine ganztägige sechsjährige  
4 Grundschule für alle und die Abschaffung der verschiedenen Variationen der so genannten  
5 Primarschule.

6  
7 Die Jusos Hamburg haben 2005 die Einführung einer Stadtteilschule, die nach Klasse 13 das  
8 Abitur vergibt und die Beibehaltung des Gymnasiums, das nach Klasse 12 das Abitur vergibt,  
9 beschlossen. Es ist gut, dass der Senat uns hier folgt. Damit diese Reform jedoch gelingt, muss  
10 die Stadtteilschule als eine gute Alternative neben dem Gymnasium bestehen. Hier versagt der  
11 konservativ-grüne Senat. Es ist nicht geplant, die Stadtteilschule bis zur Klasse 10 ganztägig zu  
12 führen. Der konservativ-grüne Haushaltsplan wird eine schlechte Basis für die Bildungsreformen  
13 sein. Wir fordern unsere SPD Bürgerschaftsfraktion auf, bei den anstehenden  
14 Haushaltsberatungen an dieser Stelle Schadensbegrenzung zu betreiben und mehr Geld für die  
15 Stadtteilschulen bereitzustellen.

16 Neben den Schulstrukturreformen laufen im Bildungsbereich weitere große Reformen  
17 nebenher. Die Einführung des Abiturs nach Klasse 12, das Lehrerarbeitszeitmodell, die  
18 reformierte Profiloberstufe und der doppelte Abiturjahrgang 2010 werden nebenher betrieben.  
19 Der Begriff „Reforminfarkt“ ist hier angebracht. Die Hamburger Schulen brauchen endlich Ruhe,  
20 Zeit und genügend finanzielle Mittel, um die beschlossenen Reformen umzusetzen.

21 Die jetzigen neunstufigen Hamburger Gymnasien (G9) werden zum Jahr 2010 komplett auf ein  
22 achtstufiges Gymnasium (G8) umgestellt. Das hat zur Folge, dass ein doppelter Jahrgang  
23 entsteht. Die jetzigen 11. und 12. Klassen werden also im gleichen Jahr ihr Abitur machen. Es wird  
24 voraussichtlich doppelt so viele Abiturienten geben, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz  
25 benötigen. Es entsteht die Frage, ob solch eine Versorgung von dem schwarz/grünen Senat  
26 gewährleistet werden kann und ob die Organisation ausreichend ist.

27 Für die meisten Abiturienten werden wohl Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, da 2007  
28 etwa nur 50% Prozent der Ausbildungsplätze von Hamburger Schulabsolventen besetzt wurden.  
29 Der Rest dieser Ausbildungsplätze ging an Schulabsolventen der umliegenden Bundesländer. Da  
30 Hamburg für Azubis aus dem Umland sehr attraktiv ist und es in ländlichen Gebieten oft an  
31 Ausbildungsplätzen mangelt entsteht auch für diese ein Problem durch den doppelten  
32 Jahrgang. Am stärksten betroffen sind allerdings die Haupt und Realschüler, sie leiden am  
33 meisten unter diesem doppelten Jahrgang. Betriebe werden bevorzugt Abiturienten einstellen

1 und viele Abiturienten werden vielleicht auch auf eine Ausbildung umschwenken statt zu  
2 studieren. Haupt- und Realschüler werden es also um einiges schwerer haben auch einen guten  
3 Ausbildungsplatz zu erhalten.

4 Auch an den Hamburger Universitäten wird es Probleme mit den Erstsemesterplätzen geben.  
5 Für das Wintersemester 2008 haben sich auf die 4500 Erstsemesterplätze allein 30.000  
6 Interessenten beworben, das ist neuer Rekord, übersteigt jedoch die Kapazitäten der Hamburger  
7 Universität. Doch wie soll es Studienplätze für die doppelte Menge an Abiturienten geben?

8 Durch die hohe Anzahl von Bewerbern würde der Numerus Clausus der verschiedenen Fächer  
9 noch mehr steigen. Studienanfänger aus dem Umland werden wahrscheinlich keine  
10 Studienplätze in Hamburg erhalten können, ebenfalls wird es an infrastrukturellen Dingen wie  
11 z.B. studentischen Nebenjobs mangeln. Ein Ausweichen auf andere Bundesländer ist auch nicht  
12 gesichert, da viele andere Bundesländer ihr Schulsystem in einem ähnlichen Zeitraum umstellen  
13 und selbst mit Mangel an Ausbildungs- und Studienplätzen zu kämpfen haben.

14 Doch es entsteht nicht nur das Problem, dass es an Ausbildungs- und Studienplätzen mangelt.  
15 Auch in der Durchführung dieses „doppelten Jahrgangs“ hapert es. Zwei Stufen mit völlig  
16 unterschiedlichem Wissenstand und einer unterschiedlichen Wochenstundenanzahl besuchen  
17 die gleichen Leistungskurse. Ungerechtigkeiten sind also vorprogrammiert. Viele Eltern der  
18 neuen „G8“ Schüler geben auch zu Denken, dass ihre Kinder zu viel arbeiten müssen, um auch  
19 wirklich mitkommen zu können. Viele sagen das Jahr, dass die die letzten „G9`ler“ voraus haben  
20 sei noch nicht aufgeholt. So entstehen dann in Benotung und Arbeitsaufwand der Schüler große  
21 Unterschiede und Ungerechtigkeiten. Offene Fragen gibt es außerdem in Bezug auf  
22 Sitzenbleiber dieser Jahrgänge und der Versorgung von Schulbüchern, die ja völlig umgestellt  
23 werden muss durch das fehlende Unterrichtsjahr.

24 Im Gegensatz zu den Regierungen in anderen Bundesländern hat sich der Senat mit diesem  
25 Thema scheinbar noch nicht ausreichend auseinander gesetzt und die entstehende Problematik  
26 erkannt. Zudem herrscht keine ausreichende Transparenz und es entsteht der Eindruck, dass  
27 Eltern und Schüler nicht genügend aufgeklärt werden geschweige denn ihnen  
28 Lösungsvorschläge gemacht werden.

29 Die Jusos Hamburg fordern den AFB der SPD Hamburg und die SPD Bürgerschaftsfraktion  
30 auf, das Problem „doppelter Jahrgang 2010“ aufzuwerfen, zu diskutieren und falls möglich  
31 Lösungsvorschläge zu finden.

1 Die regionalen Schulkonferenzen sind die großen Mogelpackungen des Senates. Auf  
2 gigantischen Regionalkonferenzen werden Schulleiter, Eltern- und Schülervertreter eingeladen,  
3 um Dinge zu beschließen, die letztlich doch nur die Schulbehörde vorgibt.

4 Die Betroffenen werden als Alibi scheinbar eingebunden, um die bereits beschlossenen  
5 Reformen zu legitimieren. Sinnvoll ist eine ausführliche, kluge und ergebnisoffene Ausarbeitung  
6 nach eingehendem Erkundigen bei den betroffenen und zuständigen Personen. Anschließend  
7 müssten die Betroffenen die Möglichkeit haben, zu den Plänen Stellung zu beziehen. Dieses  
8 Verfahren des Senats ist scheidemokratisch und erstaunt, da die GAL offensichtlich die  
9 Demokratievorstellungen der CDU übernimmt, zumal diese Konferenzen nicht öffentlich tagen  
10 dürfen.

11 Die Jusos Hamburg unterstützen die Bemühungen von Ties Rabe (bildungspolitischer Sprecher  
12 der SPD Bürgerschaftsfraktion), ein zentrales Organ einzurichten, welches einen Überblick  
13 darüber schafft, was die einzelnen Schulkonferenzen beschließen. Wir rufen Jusos, insbesondere  
14 die Juso-Schüler/innen dazu auf, sich für die regionalen Schulkonferenzen aufstellen zu lassen.  
15 Diese Jusos werden gebeten, sich anschließend beim AK Bildung zu melden.

16

17 Die Jusos Hamburg unterstützen die Absagen der SPD Hamburg an die Volksinitiativen "Eine  
18 Schule für alle" und "Wir wollen lernen". Mögliche Veränderungen im Schulsystem bedürfen  
19 einer langwierigen und komplexen Planung und dürfen niemals im „Hauruck-System“  
20 eingeführt werden. Die Jusos Hamburg rufen alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
21 auf, ihre Energie auf die regionalen Schulkonferenzen auszurichten und nicht für auf solch ein  
22 Himmelfahrtskommando.

1    **Positionspapier der Jusos Hamburg zu den Hochschulbauplänen der**  
2    **Behörde für Wissenschaft und Forschung**

3    Die Universität Hamburg ist mit ihren 35.000 Studierenden die größte Bildungseinrichtung  
4    Hamburgs und das Aushängeschild der Hansestadt für Wissenschaft und Forschung. Eine gute  
5    Infrastruktur und angemessene Gebäude sind für exzellente Lehre und Forschung unerlässlich.  
6    Dennoch wurde das Thema Hochschulbau in den letzten Jahren von der Politik sträflich  
7    vernachlässigt. Trotz der Instandsetzung zahlreicher Gebäude durch staatliche Finanzierung und  
8    Stiftungssummen in hoher Millionenhöhe sind Teile des Campus stark heruntergekommen, so  
9    dass es keine Alternative zu deren Abriss gibt. Weitere staatliche Gelder, die für die Sanierung  
10    eben dieser Bereiche bereit standen, wurden vom Senat für andere Hochschulprojekte  
11    verwendet und ersatzlos aus dem Universitätsetat gestrichen.

12    Zur Lösung dieses Problems wurden von der Behörde vier Maßnahmen zur Prüfung  
13    vorgeschlagen: Sanierung des Baubestandes; Teilabriss und Neubau im Grindelviertel;  
14    Teilumzug; Komplettumzug. Dieses Vorgehen sorgt bei den Jusos Hamburg für Verwunderung.  
15    Mindestens zwei der Maßnahmen, die Sanierung des Baubestandes und der Teilumzug, sind in  
16    keinem Fall angemessen, den Anforderungen an den Hochschulbau gerecht zu werden. Die  
17    geplante aufwändige Prüfung aller Möglichkeiten verbraucht deshalb bloß unnötig Zeit. Wer die  
18    folgenden Prioritäten beim Hochschulbau setzt, kann zu keinem anderen Schluss kommen:

19    1. Die Universität muss zusammenbleiben, nicht zerteilt werden!

20    Dem Vorschlag eines Teilumzuges von einzelnen Bereichen tritt die Universität aus gutem  
21    Grund entschlossen entgegen. Eine weitere Zersplitterung der Fachbereiche in der Stadt wäre  
22    eine Katastrophe in Hinblick auf die Weiterentwicklung der Universität. Interdisziplinarität,  
23    außercurriculare Angebote und identitätsstiftende Veranstaltungen wären gefährdet,  
24    Studierende müssten verstärkt pendeln und der wertvolle Austausch der sehr unterschiedlichen  
25    Fachbereiche würde eingeschränkt. Die Tendenz muss in die andere Richtung gehen. Die  
26    Universität muss weiter zusammenrücken und isolierte, ausgelagerte Bereiche wie die  
27    Informatik zurück auf den Campus holen.

28    2. Die Universität muss jetzt und nicht in ferner Zukunft modernisiert werden!

29    Nicht nur der akute Zustand einiger Gebäude zwingt zu schnellen Entscheidungen, auch die  
30    Zukunftsperspektive der Universität verschlechtert sich mit jedem Jahr, in dem der Verfall

1 voranschreitet. Der erforderliche Um- und Neubau darf nicht auf die lange Bank geschoben  
2 werden. Das Prüfen von offensichtlich unrealistischen oder wenig zielführenden Maßnahmen  
3 verschwendet wichtige Zeit. Darüber hinaus dürfen aktuelle Baumaßnahmen nicht unter  
4 Berufung auf eine mögliche Entscheidung vertagt werden. Untragbare Zustände müssen sofort  
5 behoben werden.

6 3. Die beste Entscheidung für die Universität muss getroffen werden!

7 Die Jusos Hamburg stellen sich gegen jede Form der Ausnutzung eines möglichen neuen  
8 Standortes für außeruniversitäre Interessen. Effekte eines Umzuges wie eine Belebung der  
9 Hafengebiete, eine Legitimation für die U4 oder der so genannte „Sprung über die Elbe“ können  
10 und dürfen grundsätzlich nicht die Hochschulpolitik beeinflussen. Gleiches gilt für den Standort  
11 im Grindelviertel, der kein Selbstzweck ist. Die Universität darf kein Spielball des Senats werden.

12 4. Die Universität muss zukunftsfähig gemacht werden!

13 Mit Flickschusterei ist es nicht mehr getan. Das vorzulegende Konzept für die Sanierung der  
14 Gebäude muss die Probleme großzügig und nachhaltig anpacken und der Universität den Raum  
15 geben, den sie verdient, um international auf sich aufmerksam zu machen. Den Studierenden  
16 vor Ort muss eine hochklassige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Hervorragende  
17 Dozenten, die einen Ruf nach Hamburg erhalten, dürfen nicht durch bröckelnde Fassaden und  
18 Schimmelbefall davon abgehalten werden, diesen anzunehmen. Hamburg braucht bestens  
19 ausgestattete Hörsäle, Seminarräume und Bibliotheken genauso wie ein gut organisiertes  
20 Studierendenzentrum und eine positive Lern- und Lehrumgebung.

21 Für die Jusos Hamburg ist es auf Basis dieser Kernsätze dringend geboten, die Baumaßnahmen  
22 schnell und nachhaltig anzugehen. Die Prüfung von Varianten, die von Anfang an von allen  
23 Beteiligten aus guten Gründen abgelehnt wurden, wie die Sanierung am Bau oder ein  
24 Teilumzug, der der Universität nachhaltig schaden würde, ist wenig zielführend.

25 Die Jusos Hamburg erwarten vom Senat, den Ankündigungen für ein groß angelegtes  
26 Sanierungs- und Neubauprogramm zügig gerecht zu werden, um die Universität für die  
27 kommenden Jahrzehnte angemessen auszustatten. Nur mit einer hervorragenden Universität  
28 kann Hamburg zur Bildungsmetropole werden.

**ANTRAGSTELLER: HARBURG**

- 1 **Studiengebühren abschaffen**
- 2 Wir bekräftigen den Beschluss des letzten Landesparteitags der SPD Hamburg und fordern die
- 3 sofortige Abschaffung der Studiengebühren.

## 1 Leben in der Mikrowelle

2 Die steigende Vernetzung in alltäglichen Prozessen und Lebensarten ruft immer mehr  
3 elektromagnetische Strahlungsquellen auf den Plan. Mobiltelefone sind heutzutage für eine  
4 Mehrheit der Bevölkerung kaum verzichtbare Gebrauchsgegenstände und auch drahtlose  
5 Netzwerke (W-LAN) haben in den letzten Jahren eine starke Verbreitung erfahren. Die  
6 Übertragungsfrequenzen der heutigen Geräte entsprechen dabei dem Bereich der „Mikrowellen“,  
7 um auch größere Datenmengen verschicken zu können.

### 8 Elektromagnetische Felder im Alltag

9 In den nächsten Jahren wird der Sektor drahtloser Techniken weiter ausgebaut werden. Schon  
10 heute bieten Handys Internetzugang, Navigationssoftware, Reiseführer oder Terminkalender in  
11 einem Gerät und die Funktionen sind noch längst nicht ausgereizt. Zudem werden viele  
12 Heizungen nur noch drahtlos von den Anbietern abgelesen und bald, so konnte man vor einem  
13 Monat in der Zeitung lesen, soll sogar Strom ohne Kabel übertragen werden können.  
14 Die Konsequenz ist klar: Unsere Umwelt wird immer stärker mit elektromagnetischen Feldern  
15 durchsetzt werden.

16 Nicht gerade verwunderlich ist, dass besonders Kinder und Jugendliche auf das drahtlose  
17 Angebot anspringen. Nach einer vom Focus in Auftrag gegebene Studie hat sich bei den 6-7  
18 Jährigen und bei den 10-11 Jährigen der prozentuale Handybesitz vom Jahr 2007 bis 2008  
19 verdoppelt. Bei den 8-9 und 12-13 jährigen hat man einen Anstieg von etwa 10% beobachten  
20 können, während bei den 14-15 jährigen ein leichter Rückgang um 3% zu verzeichnen war.  
21 Gerade mit Blick auf mögliche gesundheitliche Risiken ist diese Erhebung alarmierend.  
22 Entsprechend der hohen Zahl an Handynutzern und des wachsenden Gesprächsvolumens ist  
23 auch die Anzahl an Mobilfunk-Basisstationen in Deutschland rasant gestiegen, was in der  
24 Bevölkerung oft zu Protesten führt.

25 Wir haben also zwei Typen von Strahlungsquellen im Alltag: Die Nutzungs- und  
26 Angebotsquellen. Die Nutzungsquellen sind Geräte, die bewusst vom Verbraucher beschafft  
27 und in das eigene Umfeld etabliert werden. Meistens ist die Strahlung lokal und damit in der  
28 unmittelbaren Nähe des Körpers (Handys, W-LAN, Funkwecker...). Angebotsquellen hingegen  
29 sind vorhanden, ob man damit einverstanden ist oder nicht. Diese Quellen strahlen großflächig  
30 ab und entziehen sich der Kontrolle des Verbrauchers (Mobilfunk-Basisstationen, digitales  
31 Fernsehen...).

1 Zum digitalen Fernsehen oder Rundfunk ist zu sagen, dass die Sendeleistung pro Kanal bei  
2 digitaler Ausstrahlung zwar weit geringer ist als bei analogen Sendungen, dies jedoch dadurch  
3 wieder kompensiert wird, dass die Zahl der Programme weit höher ist als zuvor. Auch ist es von  
4 Bedeutung, ob, wie zur Zeit gefordert, die Programme in jedem Raum mit einer  
5 Stummelantenne empfangen werden sollen oder ob man externe Sammel-Antennen installiert.  
6 Dabei ist besonders die resultierende Strahlungseinwirkung direkt an den Schlafstätten zu  
7 beachten, da der Mensch hier an einem sehr genau definierten Ort ähnlich lange  
8 Aufenthaltszeiten hat wie z.B. an der Arbeits- oder Ausbildungsstätte.

### 9 Einfluss auf Gesundheit

10 Entgegen dem klaren Aufwärtstrend der „drahtlosen“ Branche ist es noch völlig ungewiss, was  
11 für einen Einfluss die starke Exposition zahlreicher elektromagnetischer Felder auf die  
12 menschliche Gesundheit hat. Die Mobilfunkbetreiber und auch die deutschen Regierungen  
13 berufen sich meist auf die Studien der Strahlenschutzkommission des Bundes, welche bei  
14 Einhaltung der gesetzlichen Werte „ausreichend Schutz für die menschliche Gesundheit  
15 gewährleistet“ sieht. Dem entgegen stützen sich vor allem einige Ärzte auf Untersuchungen  
16 und Hinweise, die zumindest Bedenken gegen eine zu hohen Belastung durch  
17 elektromagnetische Strahlung im Mikrowellenbereich zu rechtfertigen scheinen. Beschwerden  
18 könnten von leichten Befindlichkeitsstörungen über negative Beeinflussung von  
19 Zelltransformation und –kommunikation bis hin zu DNS-Brüchen, Steigerung der  
20 Durchlässigkeit der Blut-Hirn-Schranke und Krebserkrankungen gehen.

21

22 Keine der Untersuchungen konnte bis jetzt einwandfrei nachweisen, dass elektromagnetische  
23 Strahlungsquellen wie Handys für etwaige Beschwerden verantwortlich sind. Die verbleibende  
24 Ungewissheit allein müsste jedoch schon Grund zur Sorge sein und die Politik zu einer aktiveren  
25 Stellungnahme gegenüber Funktechnologien bewegen.

### 26 Agitation von Politik und Medien

27 Gerade vor dem Hintergrund möglicher Gefahren für die Gesundheit sowie zunehmender  
28 Bürgerproteste gegen Sendeanlagen u.ä. ist die äußerst zurückhaltende Reaktion der Politik  
29 verwunderlich, wenn auch nicht ganz unverständlich. Denn man darf nicht vergessen, dass  
30 Politiker (und auch Journalisten) zu einer der wichtigsten Multiplikatorengruppe für Mobilfunk  
31 und Drahtlos-Technik gehören, da eine große Affinität zu einer solchen Technologie aufgrund  
32 der Arbeitsprozesse besteht. Kurz: Wer von den Vorteilen drahtloser Datenübertragung großen

1 Nutzen hat, der möchte sich nur ungern mit negativen Auswirkungen beschäftigen. Außerdem  
2 ist kein Politiker gewillt, als „technikfeindlich“ zu gelten.

3 Gerade bei den Handys neuerer Generationen kommt hinzu, dass der Staat an der Lizenzvergabe  
4 für die UMTS-Frequenzen ordentlich kassiert hat, immerhin sind stolze 50 Milliarden Euro  
5 zusammengekommen. Ein ablehnender Kurs gegenüber der Mobilfunkbranche, so befürchtet  
6 man, könnte Rückforderungen zur Folge haben.

7 Die Rot/Grüne Regierung unter Gerhard Schröder hat überhaupt keinen Handlungsbedarf  
8 gesehen. Jeder Versuch, etwas an den Grenzwerten zu ändern, wurde vom Kanzleramt  
9 verhindert, indem die Thematik „Mobilfunk und Grenzwerte“ zur Chefsache gemacht wurde.

10 Richtig ist, dass in der Zeit von 2002 bis 2005 Forschungsprojekte zu möglichen  
11 Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Felder initiiert und gefördert wurden. Hierbei  
12 sind vor Allem die „miniwatt-Studien“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit  
13 einem Volumen von 7 Mio Euro und das Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm (DMF) mit  
14 einem Volumen von 17 Mio Euro (1/2 Bund und 1/2 Netzbetreiber) zu nennen. Aber: Erstens sind  
15 17 Mio Euro gegenüber 50 Mrd Euro aus dem Erlös der UMTS-Lizenzen ein relativ kleines Budget  
16 und zweitens sind oft durch die Teilhabe der Netzbetreiber am Budget keine unabhängigen  
17 Institute mit den Studien beauftragt worden.

18 Die Große Koalition hält sich ebenfalls mit konkreten Schritten zurück, gibt allerdings offiziell  
19 den Ratschlag „die persönliche Strahlenexposition durch hochfrequente elektromagnetische  
20 Felder so gering wie möglich zu halten, dh. herkömmliche Kabelverbindungen zu bevorzugen,  
21 wenn auf den Einsatz von funkgestützten Lösungen verzichtet werden kann“. Expliziten  
22 Handlungsbedarf oder die Erarbeitung von Vorsorgemaßnahmen sieht die jetzige Regierung  
23 jedoch ebenfalls nicht.

24 Im Rahmen der DMF wird zur Zeit eine Studie begonnen, um die altersabhängige  
25 Energieaufnahme und Energieverteilung zu untersuchen. Dabei geht es vor Allem um die  
26 numerische Bestimmung der spezifischen Absorptionsrate bei Ganzkörper-Exposition von  
27 Kindern.

28 Außerdem läuft das Programm „miniwatt II“ zur Minimierung der Immission künftiger  
29 Funkdienste an. Die Einführung eines Siegels (ähnlich dem „blauen Engel“) für strahlungsarme  
30 Geräte ist in Arbeit. Für weitere Schritte werden, so das Bundesumweltministerium, die in  
31 Auftrag gegebenen Studien abgewartet.

1 **Fazit und Forderungen**

2 Während die Nutzung von drahtlosen Techniken in der Kommunikation und im  
3 Entertainmentbereich immer mehr ausgeweitet und etabliert wird, ist ein gesundheitliches  
4 Risiko durch die hochfrequenten elektromagnetischen Felder nicht endgültig untersucht.

5 Die Jusos Hamburg fordern deshalb:

- 6 1. In Zukunft müssen strahlungsfreie Räume geschaffen werden. Dafür muss eine klare  
7 Rahmensetzung durch die Politik erarbeitet werden. So kann in Zukunft vom Staat z.B. eine  
8 Isolierung von Wohnhäusern oder einzelnen Räumen durch Kupferdraht o.ä. gefördert  
9 werden. Auch öffentliche Gebäude, in denen Kinder sind (Schulen, Kindergarten), sollten  
10 vorsorglich isoliert werden.
- 11 2. An Schulen u.ä. müssen Interneträume geschaffen werden, in denen man über Kabel ins  
12 Internet kommen kann. W-LAN in Schulen ist abzulehnen, eine seichte Empfehlung für  
13 kabelgebundenes Internet an Schulen, wie von der bayrischen Landesregierung  
14 herausgegeben, reicht nicht aus.
- 15 3. Die Werte der 26. Verordnung zur Durchführung des Immissionsschutzgesetzes müssen  
16 massiv in Richtung Vorsorge-Emissionswerte abgesenkt werden, solange ein  
17 Gesundheitsrisiko nicht ausgeschlossen ist.
- 18 4. Um ein Bewusstsein für Funkquellen und ihre möglichen Auswirkungen besonders auf  
19 Kinder zu schaffen, muss die Bundesregierung genügend Mittel für flächendeckende  
20 Informationskampagnen bereitstellen. Besonders an Schulen muss ein  
21 verantwortungsvoller Umgang mit elektromagnetischen Feldern Thema sein.
- 22 5. Das Ziel der Mobilfunkbranche, das Festnetz auf lange Sicht durch Handys zu ersetzen, darf  
23 nicht weiter durch öffentliche Gelder gefördert werden.
- 24 6. Es muss ein Bewusstsein in die Politik Einzug erhalten, dass nicht die Bedenkenräger in der  
25 Nachweispflicht sind, sondern die Betreiber, die eine gesundheitliche Unbedenklichkeit  
26 aufgrund unabhängiger Studien attestieren müssen, bevor eine vorbehaltlose finanzielle  
27 Unterstützung der Drahtlostechnologien erfolgen kann.

## 1 DAMIT DAS LICHT NICHT AUSGEHT

2 Spätestens nach den jüngsten Berichten der UNO sollte auch dem letzten Skeptiker klar sein: Die  
3 Energie- & Umweltpolitik wird eines der zentrale Politikfelder unserer Generation werden.  
4 Galten lange Zeit dem Tierschutz, dem Atomausstieg und dem Waldsterben die öffentliche  
5 Aufmerksamkeit, so sind inzwischen Emissionsvermeidung und Energieeffizienz die wichtigsten  
6 Punkte. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Stromverbrauch sowie der Stromerzeugung zu. Im  
7 Jahre 2005 wurden allein in der Bundesrepublik 610,5 Terawattstunden Strom verbraucht. Der  
8 benötigte Strom stammte dabei aus den Energieträgern Braun- und Steinkohle (49 %),  
9 Kernenergie (30 %), Erdgas (10 %), Wasserkraft (5 %), Wind- und Solarenergie (5%) und kleineren  
10 Sonstigen (bspw. Grubengas, Erdwärme, o. Ä.). Der Anteil der energiebedingten Emissionen am  
11 Kohlendioxidausstoß in Deutschland betrug im Jahre 2005 795,2 Millionen Tonnen (incl. des  
12 Kraftstoffverbrauches) der insgesamt ausgestoßenen Menge von 872,9 Millionen Tonnen. Die  
13 77,7 Millionen Tonnen Ausstoß durch Industrieprozesse fallen dagegen kaum ins Gewicht. Klar  
14 ist daher, dass ein klimapolitischer Wechsel in Deutschland zuallererst bei der Energieerzeugung  
15 ansetzen muss und hier in erster Linie bei der Stromproduktion. Der immer wieder  
16 heraufbeschworene Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie greift dabei immer weniger.  
17 In der Bevölkerung ist inzwischen das Bewusstsein für einen klimapolitischen Wandel  
18 vorhanden, was sich auf das Konsumverhalten und die Akzeptanz gegenüber Großfirmen  
19 auswirkt.

20 Aber auch die zunehmende Monopolsituation der vier „Energieriesen“ (Eon, EnBW, Vattenfall,  
21 RWE) und eine zunehmende Veralterung des deutschen Stromnetzes geben Grund zur Sorge.  
22 Die Stromerzeugung in Deutschland bedarf daher trotz unzähliger positiver Ansätze, gerade im  
23 weltweiten Vergleich, einer neuen politischen Ausrichtung.

24 Der Energiebedarf in Deutschland muss langfristig zu 100 % aus Erneuerbare Energie gedeckt  
25 werden. Lediglich die Kernfusion hat das Potential, zusätzlich in 50 – 60 Jahren ihren Teil zum  
26 Energiemix beizutragen.

27 Bei der Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern und mit Hilfe der Kernspaltung handelt  
28 es sich um auslaufende Brückentechnologien.

1 Folgende Maßnahmen sind notwendig:

## 2 Solarenergie

3 Die Effizienz der Fotovoltaikanlagen muss auch mit Hilfe von staatlicher Forschung weiter  
4 verbessert werden. Des Weiteren müssen die Mindestvergütungen für die Einspeisung von  
5 Solarstrom ins Stromnetz gem. EEG vorzeitig gesenkt werden, da die wirtschaftliche  
6 Entwicklung der Solarenergiebranche deutlich schneller vorangeschritten ist als prognostiziert,  
7 was sich durch die hohen Gewinne der Hersteller zeigt.

## 8 Windenergie

9 Die Windenergie ist in Deutschland eine Energieform der Zukunft, obwohl noch große  
10 technische und logistische Anstrengungen nötig sind. OffShore-Parks auf dem Meer sind  
11 Windrädern auf dem Festland eindeutig vorzuziehen. Im Bereich der Windenergie würden sich  
12 große Effizienzgewinne erzielen lassen, wenn die Forschung endlich weitere Fortschritte auf  
13 dem Gebiete der Energiespeicherung machen würde. Auch hier ist der Staat zu einer gezielten  
14 Förderung angehalten. Wird dieses Problem gelöst, ist auch eine dauerhafte Einspeisung ins  
15 Stromnetz möglich. Ein modernes Stromnetz muss dabei stets den Anforderungen der  
16 Windenergie standhalten.

## 17 Wasserkraft

18 Wasserkraft ist die umweltfreundlichste Art der Energiegewinnung. Das Potential in  
19 Deutschland ist leider schon sehr weit ausgenutzt. Dennoch wird die Wasserkraft stets einen  
20 wichtigen Beitrag zum Energiemix leisten. Der Bau von Gezeitenkraftwerken ist weltweit  
21 aufgrund ökologischer und ökonomischer Bedenken abzulehnen.

## 22 Geothermie

23 Diese Form der Energiegewinnung hat ein großes Potential. Leider stehen die  
24 Machbarkeitsstudien noch am Anfang, da sehr hohe Anschubsinvestitionen nötig sind, um diese  
25 zu erstellen. Diese Investitionen werden sich aber langfristig auf Grund des vorhandenen  
26 Potentials rechnen. Der Staat muss diese Entwicklung durch gezielte Fördermittel  
27 beschleunigen.

## 28 Biogas / Biomasse

29 Sowohl beim Biogas als auch bei der Biomasse besteht eine große Konkurrenzsituation  
30 hinsichtlich alternativer Kraftstoffe und Bioheizmittel. Mangels wirklicher Alternative in den  
31 anderen Bereichen, haben diese stets Vorrang. Da es gerade im Bereich der Biomasse  
32 beschränkte Anbaukapazitäten gibt, ist eine zu starke Nutzung für die Stromgewinnung  
33 abzulehnen. In Mexiko bspw. kommt es bereits jetzt zu einer erheblichen Preissteigerung von  
34 Grundnahrungsmitteln, z.B. Mais, auf Grund der hohen Nachfrage nach Biokraftstoffen. Biogas

1 und Biomasse können somit lediglich punktuell ihren Beitrag zu einem zukünftigen Energiemix  
2 leisten.

### 3 Kernenergie

4 Der Atomausstieg muss Bestand haben. Die restlichen Energiemengen sollten aber von den  
5 sieben älteren Reaktoren auf die zehn neueren Reaktoren schnellst möglich übertragen werden.

6 Die sieben älteren Reaktoren gehören, sobald es versorgungstechnisch möglich ist, vom Netz.

7 Bei der Abschaltung der 10 neueren Reaktoren muss geprüft werden, ob diese zum vorgesehen  
8 Zeitpunkt umweltpolitisch sinnvoll ist, d.h. ob die dann zusätzlich benötigte Energiemenge aus  
9 Erneuerbaren Energien gewonnen werden kann.

10 Die Betreiber von Kernkraftwerken müssen stärker an der Risikoabdeckung beteiligt werden.  
11 Dazu soll ein Fond oder eine Stiftung eingerichtet werden, der/die von den Kraftwerksbetreibern  
12 gespeist wird.

13 Die Kernfusion birgt ein gewisses Potential. Deutschland muss hier in der Forschung  
14 federführend bleiben. Langfristig kann die Energiegewinnung mit Hilfe der Kernfusion eine  
15 sinnvolle Ergänzung zu den Erneuerbaren Energieträgern sein.

16 Die Problematik der Endlagerung des nuklearen Abfalls muss innerhalb der nächsten 10 Jahre  
17 vollständig geklärt werden.

### 18 Kohle

19 Die Energiegewinnung aus Kohle ist die umweltschädlichste Form der Energiegewinnung, die in  
20 Deutschland betrieben wird. Sie ist zudem sehr teuer, bedarf riesiger staatlicher Subventionen  
21 und ist äußerst ineffizient. Es müssen daher alle Anstrengungen unternommen werden, den  
22 Kohleanteil an der Stromversorgung in Deutschland zu senken. Auch von den neuen, sog. „CO2-  
23 freien“ Kohlekraftwerken ist abzuraten. Diese sind lediglich im Vergleich zu herkömmlichen  
24 Kraftwerken ein Fortschritt, dennoch aus umweltpolitischen Gesichtspunkten abzulehnen.

### 25 Gas

26 Die Energiegewinnung aus Gas ist die sinnvollste Brückentechnologie auf dem Wege zu einer  
27 100%-igen nachhaltigen Energieversorgung. Im Vergleich zur Energiegewinnung aus Kohle ist  
28 die Energiegewinnung aus Gas wesentlich effizienter und somit auch billiger. Außerdem ist der  
29 CO2-Ausstoß um fast 50 % geringer.

30 Das Argument der Versorgungssicherheit greift hier nicht, da wir fast alle Rohstoffe (Erdöl, Uran  
31 etc.) importieren und Russland als Lieferant sicherlich kein größeres Risiko darstellt als bspw. die  
32 OPEC-Staaten.

1 **Stromnetz**

2 Den Energieunternehmen muss die Pflicht auferlegt werden, ihre Netzinfrastruktur  
3 unabhängigen Betreibern zur Betriebsführung zu überlassen, die weder selbst auf den  
4 Versorgungsmärkten tätig sind noch sich im Eigentum dort aktiver Akteure befinden. Das  
5 Eigentum an den Netzen verbleibt bei den Energieversorgungsunternehmen. Es muss über eine  
6 sinnvolle Entschädigungsregelung nachgedacht werden.

## 1 Gleichstellung in der Wirtschaft

2 Auch wenn die Gleichstellung in der Gesellschaft große Fortschritte gemacht hat, gibt es gerade  
3 in der Wirtschaft noch eine enormes Nachholbedürfnis. Diese Ungleichheit zeigt sich sowohl in  
4 den Lohndiskrepanzen zwischen Männern und Frauen als auch in dem verschwindend geringen  
5 Anteil von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen.

### 6 I. Lohnunterschiede

7 Frauen verdienen quer durch alle Beschäftigungsschichten wesentlich weniger als Männer.  
8 Dieses Lohngefälle ist in Deutschland deutlich höher als der europäische Durchschnitt.

9 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss das Ziel sein. Leider lässt sich dies nicht staatlich  
10 verordnen bzw. kontrollieren. Trotzdem müssen nachhaltige Strukturen geschaffen werden, die  
11 eine gleiche Entlohnung sicherstellen.

12 Wir fordern ein staatliches Zertifikat auf freiwilliger Basis. Unternehmen können dieses  
13 Zertifikat erwerben, indem sie die von der zuständigen Behörde festgelegten Kriterien bzgl. der  
14 gleichen Bezahlung erfüllen und die entsprechenden Daten vor der Behörde offen legen.

15 Auf diese Weise gibt es:

- 16 • einen Anreiz für die Unternehmen gleichen Lohn für Männer und Frauen zu zahlen;
- 17 • Transparenz für die Bewerberinnen und Bewerber, die sich so besser für ihre  
18 Arbeitsplätze entscheiden können;
- 19 • eine ausreichende Kontrolle über die Qualitätsstandards.

### 20 II. Frauen in Führungspositionen

21 Der Frauenanteil in Führungspositionen ist allen Bemühungen zum Trotz immer noch  
22 verschwindend gering. Dieses Ungleichgewicht ist mit individuellen Entscheidungen und  
23 Fähigkeiten nicht erklärbar. Vielmehr gibt es immer noch strukturelle Ursachen für die  
24 anhaltende Benachteiligung von Frauen in der Wirtschaft, so z.B. die immer noch vorhandene  
25 Unvereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die systematische Besetzung von  
26 Führungspositionen mit Männern und die entsprechende „Nachwuchsförderung“.

27 Der Frauenanteil ist in beiden Führungsgremien gering; in den geschäftsführenden Gremien,  
28 z.B. Vorstand aber auch in den beaufsichtigenden Gremien, z.B. Aufsichtsrat.

1 In unserer modernen Gesellschaft ist die derzeitige Situation nicht hinnehmbar. Um dem  
2 entgegen ist zweigleisig zu Verfahren: Mit individuellen Maßnahmen kann die Qualifikation von  
3 Frauen weiter gefördert und die Entscheidungsfreiheit für die Karriere weiter gefördert werden.  
4 Mit strukturellen Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass diese Bemühungen nicht  
5 versanden sondern sich auch effektiv auswirken.

6 Bei den strukturellen Maßnahmen ist zudem zu unterscheiden zwischen : privaten und  
7 öffentlichen Unternehmen sowie dem Non-Profit-Bereich. Das Problem der ungleichen  
8 Besetzung der Führungspositionen bezieht sich dabei nicht nur auf private Unternehmen,  
9 sondern auch auf öffentliche Unternehmen und sowie den Non-Profit-Bereich. Die  
10 wirtschaftliche Größe und Macht von Stiftungen ist dabei keinesfalls zu unterschätzen: Allein  
11 die jeweils fünf größten Stiftungen verfügen über ein Vermögen von 17 Milliarden € und geben  
12 jährlich eine halbe Milliarde € aus.

### 13 1. Individuelle Maßnahmen

14 Alle Lösungsansätze für dieses Problem hängen unter anderem davon ab, dass ausreichend  
15 Frauen mit entsprechender Qualifikation zur Verfügung stehen.  
16 Zur Förderung könnten folgende Maßnahmen dienen:

17 1. Mentoring-Programme

18 2. Unternehmensinterne Fortbildung

19 3. Durchführung von Veranstaltungen, die das Kompetenzbewusstsein und das Interesse  
20 bei Frauen und Mädchen für männlich dominierte Berufsfelder wecken, z.B. Girls-Day.

21 In diesem Bereich gibt es bereits zahlreiche Anstrengungen und Initiativen, z.B. wurde eine  
22 Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der  
23 Chancengleichheit von Frauen und Männern getroffen. Trotz der richtigen Stoßrichtung blieben  
24 diese Bemühungen jedoch ohne nennenswerten Erfolg.

25 Wir fordern daher eine Intensivierung und Bündelung, sowie bessere Vernetzung und  
26 Ausweitung dieser Maßnahmen.

27 Ein Schlüsselement ist weiterhin, die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.  
28 Männern und Frauen muss es gleichermaßen offen stehen sich für Familie und Beruf zu  
29 entscheiden. Die Entscheidung für Familie und/oder Berufstätigkeit muss jeder frei treffen  
30 können. Um diese Entscheidungsfreiheit vor allem für Frauen zu gewährleisten, bedarf es einer  
31 Verbesserung der Kinderbetreuung.

32 Deswegen fordern wir die Förderung und Erweiterung einer ganztägigen staatlichen und  
33 betrieblichen Kinderbetreuung sowie eine flächendeckendes Angebot an Ganztageschulen .

1  
2 **2. Strukturelle Maßnahmen für private Unternehmen**

3  
4 Aus den Erfahrungen der letzten Jahre und derer anderer Länder (bspw. Norwegen) ist klar  
5 geworden, dass unterstützende Maßnahmen und die Hoffnung auf Selbstheilung nicht  
6 ausreichend sind, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Es sollte daher ein  
7 deutliches und nachhaltiges Signal geben, dass ein höherer Frauenanteil in Führungspositionen  
8 gesellschaftlich gewünscht ist und die Wirtschaft und der Staat in ihrem jeweils eigenen aber  
9 auch gemeinsamen Interesse um eine bessere Qualifizierung von Frauen und eine  
10 entsprechende Arbeitsplatzumgebung bemühen.

11 Eine Möglichkeit wäre es, den Frauenanteil in Führungspositionen bei der Vergabe öffentlicher  
12 Aufträge und Ausschreibungen als Kriterium heranzuziehen und so einen Anreiz zu setzen. Dem  
13 steht allerdings das Europarecht entgegen.

14 Spanien und Norwegen haben vor dem gleichen Erfahrungshintergrund Quotenregelung für  
15 Führungsgremien eingeführt. In Norwegen sind Aufsichtsräte mit mindestens 40 % Frauen zu  
16 besetzen. In Spanien bezieht sich diese Quote sogar auf alle Führungsgremien also auch die  
17 geschäftsführenden. Auf Initiative der Grünen wurde bereits eine Anhörung zu einer solchen  
18 Quote auch im Bundestag durchgeführt.

19 Es ist klar, dass eine Quotenvorgabe ein enormer Einschnitt ist. Unternehmen müssen das Wohl  
20 ihrer Gesellschafterinnen und Gesellschafter im Auge haben, fördern so auch die Wirtschaft und  
21 somit das gesamtgesellschaftliche Wohl. Die Eingriffsintensität der Maßnahme muss daher in  
22 einem ausgeglichenen Verhältnis zu ihrem gesellschaftlichen Nutzen stehen.

23 Die Intensität des Eingriffes unterscheidet sich, je nachdem, worauf er sich bezieht; auf die  
24 geschäftsführenden, auf die aufsichtsführenden oder auf beide Gremien. Das  
25 geschäftsführende Gremium ist intensiver mit den Geschäften und Entwicklungen befasst. Eine  
26 Maßnahme, die sich auf das geschäftsführende Gremium bezieht, ist also ein erheblich stärkerer  
27 Eingriff, als eine, die sich lediglich auf das aufsichtsführende Gremium bezieht. Da das „Wohl“  
28 der Gesellschafterinnen und Gesellschafter hauptsächlich vom geschäftsführenden  
29 Unternehmen abhängt, sollten sich Maßnahmen im Sinne der Verhältnismäßigkeit lediglich auf  
30 das aufsichtsführende Gremium beziehen.

31 Außerdem ist zu unterscheiden wie eine solche Vorgabe eingeführt wurde. Per Gesetz oder  
32 durch eine Vereinbarung mit der Wirtschaft. Die freiwillige Vereinbarung zwischen  
33 Bundesregierung und Wirtschaft 2001 ist leider ohne durchschlagenden Erfolg geblieben. Die  
34 Vereinbarung beschränkte sich aber auch auf sehr allgemeine Zielformulierungen und sieht

1 bisher auch keinen konkreten Vorgaben oder Fristen zur Umsetzung vor. Trotzdem kann eine  
2 gesetzliche Regelung nur der letzte Schritt sein.

3 Wir fordern daher, diese Vereinbarung mit den Wirtschaftsverbänden zu erneuern und mit  
4 konkreten Zielvorgaben und Fristen für die Steigerung des Frauenanteils in Aufsichtsräten  
5 auszustatten. Ebenso soll eine solche Vereinbarung mit den Gewerkschaften bezüglich dem von  
6 der Arbeitnehmerseite entsendeten Aufsichtsratsanteils geschlossen werden. Erst wenn dies  
7 nicht umgesetzt werden kann, sollten gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden. Eine solche  
8 Regel ist mit Augenmaß, mit ausreichend Übergangsfristen und schrittweise einzuführen, um  
9 die Akzeptanz dafür herzustellen. Mit Augenmaß, um insbesondere auf mögliche Konflikte bei  
10 Kleinen, Mittleren und Familienunternehmen eingehen zu können.

11 Ein solches Vorgehen bietet den Wirtschaftsunternehmen

- 12 • ausreichend Planungssicherheit, um sich auf die Veränderungen in der Personalplanung  
13 einzustellen;
- 14 • die nötige Anreizstruktur, um diese auch umzusetzen;
- 15 • die maximale Freiheit, um flexibel agieren zu können.

### 16 3. Strukturelle Maßnahmen Öffentliche Unternehmen und den Non-Profit-Bereich

17  
18 Im Gegensatz zu privaten Unternehmen ist bei öffentlichen Unternehmen der Zugriff durch den  
19 Staat viel direkter. Es gibt auch keine weiteren „Gesellschafterinnen und Gesellschafter“, die  
20 durch einen Eingriff betroffen wären. Daher kann hier viel direkter Einfluss genommen werden.

21 Daher fordern wir, dass Posten in Geschäftsführungen bzw. Vorständen sowie in  
22 Aufsichtsgremien (Aufsichtsrat, Kuratorium, Beirat) öffentlicher Unternehmen und  
23 Körperschaften zu 40 % geschlechterquotiert vergeben werden.

24 Im Non-Profit-Bereich gewährt der Staat durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit immense  
25 Steuervorteile und so eine staatliche Subventionierung. Als Voraussetzung für diese  
26 Bevorteilung kann neben dem externen Gemeinnutz aus der Zwecksetzung auch ein interner  
27 Gemeinnutz im Sinne einer gemeinnützigen Organisation gefordert werden. Insbesondere bei  
28 Stiftungen ist der Eingriff leichter möglich, da hier nicht einmal Gesellschafterrechte beschränkt  
29 werden.

1 Dabei darf natürlich nicht das wünschenswerte ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen  
2 und Bürger eingeschränkt werden. Regelungen sind hier lediglich in den Bereichen sinnvoll, in  
3 denen die Organisationen professionell oder wirtschaftsähnlich tätig sind.

4 Die Gemeinnützigkeit darf nur anerkannt oder verlängert werden, wenn entlohnte  
5 Führungspositionen zu mindestens 40% geschlechterquotiert besetzt sind. Bei einer  
6 Unterschreitung ist die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Den Bedürfnissen kleiner und  
7 geschlechterspezifische Zwecke verfolgender Organisationen (z.B. Verein gegen  
8 Gebärmutterkrebs) soll dabei Rechnung getragen werden.

9 Der Beschluss ist weiterzuleiten an:

- 10 a. den Juso-Bundeskongress zum Beschluss und zur nachfolgenden Weiterleitung an
- 11 • den Bundesparteitag zum Beschluss
- 12 b. und den Landesparteitag zum Beschluss und zur nachfolgenden Weiterleitung an
- 13 • den Bundesparteitag zum Beschluss

1 **Der Hamburger Hafen muss weiter verträglich wachsen.**

2 Die Jusos Hamburg Mitte fordern den Juso-Landesverband – bzw. den Arbeitskreis Energie und  
3 Umwelt auf, ein Konzept zum weiteren Wachstums des Hafens zu entwickeln, das Belange von  
4 Hafenanrainern berücksichtigt.

5 Dieses Konzept sollte sich vor allem mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- 6 - Wie lassen sich die Interessen der Bürger und Anwohner bei weiteren Planungen – auch  
7 durch die HPA- stärker berücksichtigen?
- 8 - Wie lassen sich Lärmbelastung durch Hafenverkehr und Umschlag wirksam und  
9 kostengünstig verringern?
- 10 - Wie können Maßnahmen gegen die Lichtbelastung durch die Hafengebäude getroffen  
11 werden.
- 12 - Wie lässt sich die Abgasbelastung durch Schiffs- und LKW-Verkehr verringern? Wie ist  
13 eine Verringerung der Schwefeldioxidbelastung durch laufende Schiffmotoren möglich?
- 14 - Wie lässt sich die Flächenproduktivität der Hafengebäude erhöhen, um möglichst wenig  
15 quartiernahe Flächen in die Nutzung einzubeziehen.
- 16 - Wie lässt sich sicherstellen, dass zukünftige Verkehrsströme möglichst belastungsarm  
17 realisiert werden?
- 18 - Ist die HPA derzeit in der Lage ihren Aufgaben nachzukommen?
- 19 - Wie lässt sich gewährleisten, dass Erlöse aus dem Hafen auch wieder dem Hafen  
20 zufließen?

21 Denkanstöße zur Umsetzung der Forderungen könnten sein:

- 22 - Landseitige Stromversorgung der Schiffe, um den Schadstoffausstoß der  
23 Hafengebäude zu verringern.
- 24 - Die Einsetzung von Lärmbeiräten in betroffenen Gebieten kann zu einer effizienten  
25 Verringerung des Lärms führen.
- 26 - Aufforderung der Hafengebäude ein Konzeptes zur Vermeidung von Lärm beim Betrieb  
27 der Terminals vorzulegen
- 28 - Erforschung der Belastung durch Lichtabstrahlung.

- 1 - Erstellung eines Verkehrsgutachtens, das die Folgen der Auflösung des Freihafens
- 2 beurteilt.
- 3 - Einbeziehung demokratischer Gremien (Bezirksversammlung) bei den Planungen durch
- 4 HPA.

5 Begründung:

6 Der Welthandel boomt und mit ihm der Containerumschlag in den Welthäfen. Der weltweite  
7 Umschlag an Waren steigt jährlich um über 10%. Auch der hamburger Hafen erwartet  
8 steigenden Umschlag im zweistelligen Bereich. Mit dem größeren Containerumschlag geht auch  
9 eine neue und größere Flottengeneration einher, die nach und nach die alten Schiffe ablösen  
10 wird. Die hamburger Terminalbetreiber stellen sich auf dieses Wachstum ein, investieren in ihre  
11 bestehende Infrastruktur und erschließen neue Flächen, wie die Entwicklung im mittleren  
12 Freihafen und die Westerweiterung von Eurogate zeigen.  
13 Die rege Bautätigkeit gibt der Politik die Chance, die Entwicklung und den Fortschritt im Hafen  
14 wieder mit zu gestalten und dafür zu sorgen, dass der Hafen in Einklang mit benachbarten  
15 Wohnquartieren wächst. Dies war in der Vergangenheit häufig nicht der Fall: Hafenanrainer in  
16 Neumühlen und Övelgönne, auf der Finkenwerder und in Waltershof, in der Hafencity und auf  
17 der Veddel, in Wilhelmsburg, Rothenburgsort und Moorburg wissen ein Lied davon zu singen.

18

19 Gleichzeitig ist der Hafen die Lebensader der Stadt: Er sichert Wohlstand und Arbeitsplätze in  
20 Hamburg. Deshalb ist der weitere Ausbau des Hafens, die Anpassung an internationale  
21 Containerströme unumgänglich. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, ist eine Vertiefung  
22 der Elbe nötig. Auch hier ist aber ein sorgsames Vorgehen notwendig, dass die Sorgen und  
23 Ängste der Elbanrainer in Bezug auf Deichsicherheit und ökologische Verträglichkeit  
24 berücksichtigt.

25 Für die Hamburger Elbanrainer leiden vor allem unter dem Lärm der LKW, die Sirenen und  
26 Schiffshörnern dröhnen ihnen in den Ohren, Hafensmog und Feinstaub legt sich auf die Lungen,  
27 permanente Beleuchtung raubt ihnen den Schlaf.

28 Diese Situation muss sich bei weiteren Ausbauplänen verbessern. Durch den Bau neuer  
29 Terminals und neuer Schiffgenerationen können strengere Grenzwerte für den Ausstoß erlassen  
30 werden. Notwendige Hafenerweiterungen müssen mit viel Sensibilität und Fingerspitzengefühl  
31 durchgeführt werden; auszuschließen – wie bei schwarz-grün – sind sie nicht.

1 Der Hafen muss mit Rücksicht auf die Bewohner entwickelt werden. Die neue Koalition schweigt  
2 sich in ihrem Koalitionsvertrag darüber aus: Kein Wort zu Anrainern, wenig zum Ausbau,  
3 stattdessen Forderung von Ausgleichsflächen und Klimaschutzkosmetik. Das reicht nicht aus.  
4 Gleichzeitig machen Berichte die Runde, nach denen HPA nicht in der Lage zu sein scheint,  
5 Brücken zu sanieren und eine Schlickfalle fertigzustellen. Die Koalition vernachlässigt vor lauter  
6 Ökoproyekten das Kernkapital Hafen. Deshalb müssen wir uns umso mehr damit  
7 auseinandersetzen, damit der Hafen auch weiterhin Motor des Wachstums in Hamburg sein  
8 kann.

## 1 Kaukasuskonflikt – Georgien in die NATO?

2 Ursprung des Konflikts ist der Zerfall der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre. Georgien sagte  
3 sich von Russland los und wurde unabhängig. Etwas später erklärten sich Südosseten und  
4 Abchasier ebenfalls für unabhängig, unabhängig von Georgien. Die damalige Georgische  
5 Regierung ließ ihre Truppen in die beiden abtrünnigen Provinzen einmarschieren. Russische  
6 Truppen unterstützen die SeparatistInnen in Südossetien sowie Abchasien, blutige Kämpfe mit  
7 tausenden Toten waren die Folge.

8 1992 wurde ein gegenseitiger, allgemeiner Waffenstillstand zwischen allen Konfliktparteien  
9 vereinbart, Südossetien sowie Abchasien galten aber nach wie vor als georgisches Staatsgebiet  
10 (2004 wurde dieser Waffenstillstand erneuert.) Mit Vereinbarung des Waffenstillstandes  
11 wurden Russische Friedenstruppen in der Region stationiert, die in Südossetien von einer UN-  
12 Mission und in Abchasien von der OSZE überwacht werden.

13 Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die NATO wollen trotz des ausgebrochenen und immer  
14 noch schwelenden Konflikts eine baldige, Aufnahme Georgiens in die NATO. Dieses ist in der  
15 aktuellen Situation falsch! Es besteht das Risiko eines vielleicht eintretenden Bündnisfalles. Die  
16 Konsequenzen könnten sein:

- 17 - Deutsche SoldatInnen kämpfen im Kaukasus gegen Russische SoldatInnen
- 18 - Bündnisfall: Krieg NATO gegen Russland

19 Es ist ein großer Fehler, dass die EU sowie die NATO jetzt Gespräche mit Russland aussetzen und  
20 auf diplomatische Beziehungen verzichten wollen! Eine Rückkehr an den Verhandlungstisch ist  
21 dringend erforderlich. EU und NATO sind gefragt um alle Beteiligten zu gemeinsamen  
22 Gesprächen an einen Tisch zu bekommen. Es muss geredet werden und die Kommunikation  
23 muss ausgebaut werden, statt die Beziehungen abzubauen. Der NATO-Russland-Rat muss seine  
24 Arbeit wiederaufnehmen, die NATO ist ein Verteidigungsbündnis, daher muss auch sie sich mit  
25 Gesprächen in den Konflikt mit einbringen.

26 Bei allen Gesprächen ist es sehr wichtig, Russland direkt mit einzubinden. Es wird in der Region  
27 keinen gegenseitigen Frieden und eine Lösung des Konflikts geben, wenn Russland übergangen  
28 wird.

1 Folgendes fordern die Jusos Hamburg:

- 2 - Keine übereilte Aufnahme Georgiens in die NATO bis der nationale Konflikt gelöst ist
- 3 und Einbindung Russlands in die Konfliktlösung.
- 4 - Klare Verurteilung der Gewalttaten beider Seiten und mehr Kommunikation zwischen
- 5 den Konfliktparteien sowie eine Rückkehr an den Verhandlungstisch.

## 1 Anglizismen: Es geht auch ohne!

2 Die Jusos Hamburg fordern die die SPD mit all ihren Gliederungen auf, in Anträgen und  
3 Veröffentlichungen möglichst wenige Anglizismen zu verwenden.

4 Begründung:

5 Politik muss verstanden werden; nicht von wenigen, sondern von vielen! Deshalb ist es wichtig,  
6 sich beim Verfassen von Forderungen und in der Selbstdarstellung einer möglichst einfachen  
7 Sprache zu bedienen. Die meisten englischsprachigen Vokabeln erfüllen diese Voraussetzung  
8 nicht. Wer nicht aus dem Informatikbereich stammt wird mit der Forderung die SPD müsse  
9 „Benchmark sein“ nicht viel anfangen können. Was sich hinter Gender Mainstreaming, Shared  
10 Space, NGOs und dem TINA-Prinzip verbirgt, wissen wohl nur Fachleute.

11

12 Auch in der Selbstdarstellung und in Kampagnen wirken englische Slogans häufig aufgesetzt  
13 und versuchen ein lässiges Selbstbild zu vermitteln. Neuere Forschung hinsichtlich  
14 Unternehmensslogans zeigt jedoch, dass diese häufig nicht oder falsch verstanden werden.

15

16 Anglizismen dienen auch häufig der Verschleierung: Anstatt einen korrekten deutschen Begriff  
17 wie Verkleinerung, Abbau von Arbeitsplätzen, zu verwenden, sprechen Unternehmensführer  
18 von downsizing. Auch outsourcing klingt positiver als die Ausgliederung des Unternehmensteils  
19 für den Arbeiter meist tatsächlich ist.

20 Deshalb fordern wir, zukünftige Veröffentlichungen in klarer Sprache mit wenigen Anglizismen  
21 abzufassen.

1 **Wann wir schreiten Seit' an Seit'**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 Die Jusos Hamburg fordern den Landesparteitag der SPD Hamburg auf zu beschließen, dass zum  
5 Abschluss der Landesparteitage das sozialdemokratische Traditionslied „Wann wir schreiten  
6 Seit' an Seit'“ gesungen wird:

7 1. Wann wir schreiten Seit' an Seit' und die alten Lieder singen, und die Wälder widerklingen,  
8 fühlen wir, es muss gelingen: Mit uns zieht die neue Zeit, Mit uns zieht die neue Zeit.

9 2. Eine Woche Hammerschlag, eine Woche Häuserquadern zittern noch in unsern Adern; aber  
10 keiner wagt zu hadern! Herrlich lacht der Sonnentag, herrlich lacht der Sonnentag.

11 3. Birkengrün und Saatengrün: Wie mit bittender Gebärde hält die alte Mutter Erde, dass der  
12 Mensch ihr eigen werde, ihm die vollen Hände hin, ihm die vollen Hände hin.

13 4. Mann und Weib und Weib und Mann sind nicht Wasser mehr und Feuer. Um die Leiber legt  
14 ein neuer Frieden sich, wir blicken freier, Mann und Weib, uns fürder an, Mann und Weib, uns  
15 fürder an.

16 5. Wann wir schreiten Seit' an Seit' und die alten Lieder singen, und die Wälder widerklingen,  
17 fühlen wir, es muss gelingen: Mit uns zieht die neue Zeit, Mit uns zieht die neue Zeit.

18 Das in Hamburg entstandene Arbeiterlied – nach einer Melodie von Michael Englert, Text von  
19 Hermann Claudius 1916 – ist traditionell ein sozialdemokratisches Lied und wird zum Abschluss  
20 von SPD Parteitagen, so auch gesungen am Ende des SPD Bundesparteitages in Hamburg,  
21 angestimmt. Gerade auf Parteitagen, auf denen selbstverständlich nicht immer nur in der Sache  
22 hart miteinander diskutiert und gerungen wird, hat das gemeinsame Singen zum Abschluss im  
23 geringsten Fall eine symbolische Wirkung, im besten ist das gemeinsam gesungene Lied ein  
24 Identifikationspunkt.

25 Nach einer erfolgten politischen Auseinandersetzung, nach dem Ringen um den besten Weg,  
26 führt das gemeinsame Lied zumindest symbolisch den Parteitag wieder zusammen, kann  
27 versöhnen und gibt einen würdigen Rahmen.

1 Ob man eine identitätsstiftende Wirkung des gemeinsamen Singens annimmt oder nicht. Oder  
2 ob man der symbolischen viel oder wenig Bedeutung zumisst, bleibt dabei sicherlich jeder und  
3 jedem Delegierten selbst überlassen. Schlussendlich bleiben zwei Argumente für das  
4 gemeinsame Singen.

5 Eine Partei mit einer langen und wechselvollen Geschichte und einer Herkunft aus der  
6 Arbeiterbewegung steht es gut zu Gesicht, an diese und jene zu erinnern und stolz auf die  
7 sozialdemokratische Vergangenheit zu sein. Unser Liedgut kann lebendige Erinnerung sein und  
8 verdient es, immer wieder belebt zu werden.

9 Hamburger Landesparteitage enden zumeist zerfasert: Viele Delegierte gehen bereits, es wird  
10 aufgeräumt, die letzten Worte des Präsidiums gehen teilweise unter. Das ist bei aller  
11 menschlichen Nachvollziehbarkeit der Bedeutung des Landesparteitages unangemessen. Das  
12 gemeinsame Singen von „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit““ setzt einen würdigen Schlusspunkt.

## 1 Traditionspflege im Kurt-Schumacher-Haus

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 Die Jusos Hamburg fordern den Landesparteitag der SPD Hamburg auf zu beschließen, die  
5 Räume im ersten Stock des Kurt-Schumacher-Hauses umzubenennen.

6 Die SPD, gerade auch die Hamburger Sozialdemokratie, hat eine lange und erfolgreiche  
7 Geschichte, auf die wir gemeinsam stolz sein können. Gerade unser Hamburg wäre eine andere  
8 Stadt ohne das Engagement der SPD und ohne das der sozialdemokratischen Bürgermeister,  
9 Senatoren und Bundespolitiker. Nicht nur in Zeiten großer Verunsicherungen innerhalb der  
10 Partei, aber dann natürlich erst recht, ist es wichtig, an unsere große Tradition und an unsere bis  
11 heute wirksamen Erfolge zu erinnern.

12 Auf das, was man geleistet hat, darf man zu Recht stolz sein und das sollte die Hamburger  
13 Sozialdemokratie auch. Der fortwährende Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität hat  
14 Geschichte und Geschichten. Diese müssen erzählt werden. Dafür braucht es auch Symbole,  
15 Orte und Erinnerungsanlässe. So trägt beispielsweise unsere Parteizentrale selbstverständlich  
16 den Namen Kurt Schumachers, das SPD-Haus in Altona den Max Brauers. Das ist Ausdruck des  
17 Respekts und der Erinnerung.

18 Lebendigster Ort im Kurt-Schumacher-Haus ist zweifelsohne der erste Stock, in dem zahlreiche  
19 Konferenzen, Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen stattfinden. Damit sind die dort  
20 befindlichen Räume prädestiniert, um unsere zahlreichen BesucherInnen und Gästen  
21 weitergehend als bisher auf unsere sozialdemokratische Geschichte hinzuweisen.

22 Klangvoll ist die Bezeichnung der Räumlichkeiten von 101 bis 104 keineswegs. Angesichts der  
23 Konzentration der Versammlungsräume auf den ersten Stock ist eine Durchnummerierung  
24 schlicht überflüssig. Daher fordern wir den Landesparteitag auf, zu beschließen, dass die  
25 Parteiführung in Verhandlung mit der Baugemeinschaft Besenbinderhof auf eine  
26 Umbenennung der Räume des ersten Stocks des Kurt-Schumacher-Hauses hinwirkt.

27 Hierdurch würde auch ein Anlass für eine Diskussion zur Benennung der Räume geschaffen  
28 werden. Hierfür muss ein entsprechendes Beteiligungsverfahren entwickelt werden.

- 1 Aus Sicht der Jusos Hamburg wäre beispielsweise die Umbenennung der beiden großen Räume
- 2 in Helmut-Schmidt-Saal und in Herbert-Weichmann-Saal, die Umbenennung des Raumes 104
- 3 beispielsweise in Herbert-Wehner-Zimmer ein sinnvoller Vorschlag.
  
- 4 Den Bundeskanzler a.D. Schmidt, Bürgermeister Weichmann und den großen Generalsekretär
- 5 Wehner auf diese Weise zu ehren, steht der SPD Hamburg nicht nur gut zu Gesicht, sondern ist
- 6 Ausdruck von Identität und Selbstbewusstsein. Die Tradition unserer Partei gehört ins
- 7 Bewusstsein der Genossinnen und Genossen und selbstverständlich in das der Öffentlichkeit.
- 8 Die Umbenennung der Versammlungsräume wird hierzu einen Beitrag leisten. Eine würdige
- 9 Kenntlichmachung der Raumnamen muss selbstverständlich ebenfalls erfolgen.

1 **Wider dem Rückzug der SPD im Kurt-Schumacher-Haus**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 Die Jusos Hamburg fordern den Landesparteitag der SPD Hamburg auf zu beschließen, dass die  
5 Parteiführung zum nächstmöglichen Zeitpunkt dafür Sorge zu tragen hat, dass das Eckbüro am  
6 Eingang des Kurt-Schumacher-Hauses wieder von der SPD angemietet und angemessen genutzt  
7 wird.

8 Seit einigen Monaten ist das betroffene Büro privat vermietet und trägt entsprechende  
9 Werbeaufschriften. In der jüngeren Vergangenheit ist dieses „Schaufenster“ der Partei als Büro  
10 des Landesvorsitzenden, danach als Büro des Spitzenkandidaten Michael Naumann genutzt  
11 worden. Der auf zwei Seiten verglaste Raum war immer das „Vorzeigebüro“ der Parteizentrale  
12 und einziger Ort mit einer öffentlichen Wirkung für den Publikumsverkehr aus Passantinnen  
13 und Passanten bzw. Gästen des Kurt-Schumacher-Hauses.

14 Gerade in Wahlkampfzeiten braucht die SPD Hamburg einen solchen öffentlichen und  
15 repräsentativen Raum. Dies erst recht im Hinblick auf den bevorstehenden Europa- und  
16 Bundestagswahlkampf 2009 und sei es nur aus ästhetischen und Gründen der  
17 Repräsentativität. In zahllosen Gesprächen mit Genossinnen und Genossen wurde klar, dass  
18 viele von diesen die private Neuvermietung dieses Büros als bedauerlich bis unwürdig  
19 empfinden. Der Rückzug des Parteilichen innerhalb des Kurt-Schumacher-Hauses wird als  
20 schwierige Symbolik wahrgenommen.

21 Ziel des Antrages ist nicht die Zuweisung von Schuld oder ein Angriff auf die MieterIn des  
22 entsprechenden Büros, sondern soll vielmehr, da Unmut feststellbar ist, Gelegenheit bieten,  
23 diesen zum Ausdruck bringen zu dürfen.

**100 Tage. Und kein bisschen weise.**

**LDK 20.09.08**

**Delegierte**

**Nicholas Gildemeister**  
**Martina Hamester**  
**Armita Kazemi**  
**Paul Kleszcz**  
**Sabrina Nilson**  
**Philipp Reimer**  
**Lea Schilde**  
**Steven von Bargaen**  
**Hauke Wagner**  
**Katharina Walliser**  
**Arik Willner**  
**Vera Zielasko**

**Ersatzdelegierte**

**Khalil Bawar**  
**Anita Geißler**  
**Danial Ilkhanipour**  
**Kerstin Kock**  
  
**Jochen Rasch**  
**Tobias Berking**  
**Michael Scharf**  
**Andreas Dannwolf**  
**Golnar Sepehmia**